

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1993

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Zwischenörtlicher Vergleich der Verbraucherpreise 1993 in 50 Städten der Bundesrepublik	99	Die Ergebnisse des im Herbst 1993 stattfindenden regionalen Verbraucherpreisvergleichs in 50 Städten Deutschlands, darunter die rheinland-pfälzischen Städte Mainz und Pirmasens, werden einen Kaufkraftvergleich der Einkommen insbesondere zwischen den alten und neuen Bundesländern ermöglichen.
Struktur des Obstanbaues in Rheinland-Pfalz	100	Im Rahmen der Obstanbauerhebung 1992 wurde das Produktionspotential des Erwerbsobstanbaues erfaßt. Über die derzeitige Struktur und die Entwicklung im Obstanbau wird berichtet.
Erhebung der geplanten Flächennutzung 1993	105	Die Erhebung der geplanten Nutzung ist seit 1989 Bestandteil der amtlichen Flächenstatistiken.
Betriebsregister Landwirtschaft	110	Zur Pflege des Betriebsregisters Landwirtschaft wird ein Dialogverfahren eingesetzt.
Rechtskräftige Aburteilungen 1991	113	In der Strafverfolgungsstatistik werden die von den Strafgerichten abgeurteilten Personen nachgewiesen. Neben der Entwicklung der Aburteilungen werden auch Strukturdaten über Straftaten und Strafmaßnahmen erläutert.
Das Baugewerbe 1990 bis 1992	117	Der Beitrag zeigt die besondere beschäftigungspolitische Bedeutung des Baugewerbes.
Anhang	33*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	39*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Zwischenörtlicher Vergleich der Verbraucherpreise

Nachdem zuletzt im Jahre 1978 ein zwischenörtlicher Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 31 Städten des alten Bundesgebietes stattgefunden hatte, wird in den Monaten September und Oktober dieses Jahres ein neuer zwischenörtlicher Preisvergleich (ohne Wohnungsmieten) in 50 Städten Deutschlands, davon 33 in den alten und 17 in den neuen Bundesländern, erfolgen. In Rheinland-Pfalz werden, ebenso wie im Jahre 1978, die Berichtsgemeinden Mainz und Pirmasens in die Erhebung einbezogen.

Um die Ergebnisse der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Angleichung der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern führen sollen, kontrollieren zu können, sind neben dem Vergleich der Nominal Einkommen statistische Informationen über Preisniveauunterschiede in den west- und ostdeutschen Städten unerlässlich. Erst dann können die inzwischen erreichten Realeinkommen in den alten und neuen Bundesländern gegenübergestellt werden. Die Ergebnisse der Erhebung werden auch zur Gestaltung staatlicher Transferzahlungen sowie für Tarifverhandlungen benötigt. Auf internationaler Ebene, insbesondere für die Europäischen Gemeinschaften, bilden die nationalen Ergebnisse des Verbraucherpreisvergleichs die erforderliche Grundlage zur Berechnung von aktuellen Kaufkraftparitäten zwischen den Mitgliedstaaten. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 99.

Neue Wege bei der Erhebung der geplanten Flächennutzung 1993

Zum zweitenmal nach 1989 sind für 1993 die Bauleitplanungsunterlagen der Städte und Gemeinden hinsichtlich der geplanten Flächennutzung statistisch auszuwerten. Aufgrund der Erfahrungen und Probleme bei der Ersterhebung 1989 zielen die verfahrenstechnischen Neuerungen darauf ab, den Erhebungsablauf organisatorisch und vom Arbeitsaufwand her zu optimieren sowie über eine Qualitätssteigerung der Ergebnisse auch die Akzeptanz von der Anwenderseite her zu erhöhen.

In Abstimmung mit der Vermessungs- und Katasterverwaltung werden 30 auskunftspflichtige Städte und Verbandsgemeinden bei ihren Aufgaben im Rahmen der Flächenerhebung durch das Amtliche Topographisch-Kartographische Informationssystem (ATKIS) unterstützt. Die Datenaufbereitung wird damit auf eine zukunftsorientierte Basis gestellt. km

Mehr über dieses Thema auf Seite 105.

5 460 ha Baumobstflächen

1992 bewirtschafteten die 3 650 Betriebe mit erwerbsmäßigem Obstbau noch 5 460 ha Baumobstflächen. Das sind rund 630 ha weniger als 1972. Bis auf die Größenklasse mit mehr als 5 ha Baumobstfläche nahm die Zahl der Betriebe in allen anderen Größenklassen ab.

Wichtigste Obstart waren 1992 erstmals die Äpfel mit 1 971 ha. Sauerkirschen, lange Zeit die bedeutendste Obstart, wuchsen noch auf 1 820 ha. Mit weitem Abstand folgen die Pflaumen und Zwetschen (840 ha). Ausgedehnt wurde der Birnenanbau (230 ha). Bei den Äpfeln ist heute Jonagold mit 238 ha die Sorte mit dem größten Anbauumfang. Es folgen Golden Delicious, Elstar, Boskoop, Cox-Orange, Gloster, Idared und Melrose.

Die zunehmende Bedeutung des Apfelanbaus zeigt sich auch in dem Anteil der Anlagen mit einem Alter von unter 10 Jahren (56 %). Der vergleichbare Anteil bei den Sauerkirschen lag mit nur 24 % deutlich niedriger. Neben einer neuen Sorte wählen die Obstanbauer bei einer Neuanlage häufig auch höhere Pflanzdichten. So haben die Anlagen mit 1 200 bis 2 000 Bäumen je Hektar um gut ein Viertel und die Dichtpflanzungen mit mehr als 2 000 Bäumen je Hektar seit 1987 um das Dreifache zugenommen. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 100.

Winzer setzen auf traditionelle Rebsorten

Knapp 1 500 ha Rebfläche wurden im Weinwirtschaftsjahr 1991/92 von den rheinland-pfälzischen Winzern nach einer Rodung wiederbepflanzt. Die erstmals mit Reben beplanten Flächen beschränkten sich aufgrund des EG-weiten Anbaustops auf wenige Ausnahmen.

Mehr als 500 ha, etwa ein Drittel aller Pflanzungen, entfielen auf den Riesling. Er wächst jetzt am Mittelrhein auf 76 % der Rebfläche und an Mosel-Saar-Ruwer auf 54 %. Landesweit erreicht der Riesling einen Anteil von 23 %. Mit 250 ha wiederbepflanzter Fläche folgte der Müller-Thurgau. Diese Hauptrebsorte Rheinhessens und der Pfalz steht dort auf 23 % beziehungsweise 22 % der Rebfläche und im Landesdurchschnitt auf 22 %. Für Neu- und Wiederbepflanzungen bevorzugt wurden unter den Weißweinsorten ferner Silvaner, Weißburgunder und Chardonnay.

Bei den Rotweinsorten, die 11 % der bestockten Rebfläche des Landes einnehmen, dominieren Portugieser (53 %), Blauer Spätburgunder (21 %) und Dornfelder (18 %). Angepflanzt wurden in 1991/92 hauptsächlich die beiden letztgenannten Sorten. bd

Betriebsregister Landwirtschaft – im Dialog mit dem Großrechner

Zur Führung des Betriebsregisters Landwirtschaft wird ein Dialogverfahren auf dem Großrechner eingesetzt. Damit sind die Sachbearbeiter in der Lage, das Register weitgehend unabhängig von der Arbeitsablauforganisation im Rechenzentrum direkt am Bildschirm zu bearbeiten. Im Echtzeitbetrieb können Datensätze neu erfaßt, auf Plausibilität geprüft, geändert und gelöscht werden. ma

Mehr über dieses Thema auf Seite 110.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im April 1993		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu April 1992 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke,Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	114,8	2,0
Bekleidung, Schuhe	116,0	2,9
Wohnungsmieten	129,9	6,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,2	1,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	117,5	3,3
Güter für		
Gesundheits- und Körperpflege	121,9	3,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	121,5	4,2
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	115,3	2,7
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	133,5	9,2
Gesamtlebenshaltung	119,4	4,3
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	118,9	3,9
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	120,2	4,4
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	119,2	3,8

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Erneut weniger Milch an Molkereien geliefert

Die Milchanelieferung aus rheinland-pfälzischer Erzeugung an die Molkereien des Landes bzw. benachbarter Bundesländer belief sich im Milchwirtschaftsjahr 1992 / 93 auf 740 000 t. Sie verringerte sich gegenüber 1991 / 92 um 2,2 % und erreichte damit einen neuen Tiefstand. Ursache hierfür war der weiterhin rückläufige Milchkuhbestand. Die durchschnittliche Milchleistung je Kuh stieg dagegen.

Im ersten Quartal 1993 wurden 180 000 t Milch geliefert. Die Menge lag um 0,6 % niedriger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. ku

Industriearbeiter verdient 23 DM in der Stunde

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter war im Januar 1993 mit 23,02 DM um 5,8 % höher als ein Jahr zuvor. Männer erzielten 23,97 DM (+ 5,5 %) und Frauen 17,32 DM (+ 6,4 %).

Der durchschnittliche Bruttowochenverdienst in der Industrie belief sich im Januar 1993 auf 880 DM, das waren 3,4 % mehr als ein Jahr zuvor. Männliche Arbeiter verdienten 920 DM (+ 3 %), Arbeiterinnen 642 DM (+ 3,9 %). Männer leisteten im Mittel 38,4 bezahlte Std. (einschließlich Überstunden), das waren 0,9 Std. weniger als vor Jahresfrist. Für ihre Kolleginnen wurden mit 37,1 bezahlten Std. ebenfalls 0,9 Std. weniger verzeichnet als ein Jahr zuvor. wr

Industrieangestellter bekommt 5 555 DM brutto im Monat

Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt der vollzeitbeschäftigten kaufmännischen und technischen Angestellten in der rheinland-pfälzischen Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) betrug im Januar 1993 einschließlich aller Zulagen und Zuschläge 5 555 DM. Das sind 4,4 % mehr als ein Jahr zuvor. Technische Angestellte kamen auf 5 990 DM (+ 3,7 %), kaufmännische Angestellte auf 5 017 DM (+ 5,2 %).

Die Verdienste der Angestellten im Handel sowie bei Banken und Versicherungen fielen im Durchschnitt geringer aus als die in der Industrie. Im Versicherungsgewerbe verdienten im Januar 1993 männliche Angestellte 5 011 DM (+ 2,9 %), weibliche Angestellte 4 105 DM (+ 3,8 %). In Kreditinstituten beliefen sich die entsprechenden Bruttomonatsverdienste auf 5 025 DM (+ 8 %) bzw. 3 613 DM (+ 3,7 %) und im Handel auf 4 343 DM (+ 6,2 %) bzw. 2 895 DM (+ 5,2 %). wr

Zwischenörtlicher Vergleich der Verbraucherpreise 1993
in 50 Städten der Bundesrepublik

Aufgabe der amtlichen Preisstatistik ist hauptsächlich die Ermittlung von Änderungen des Preisniveaus. Für die einzelnen Preisstatistiken, vor allem Erzeuger- und Großhandelspreise, Verbraucherpreise, Bauland- und Bauleistungspreise, werden in unterschiedlichen Abständen, welche sich von einem Monat bis zu einem Jahr erstrecken, Indizes berechnet, mit denen die Preisentwicklung in wichtigen Wirtschaftsbereichen dargestellt werden kann. Am bekanntesten ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

Zwischenörtlicher Vergleich der Verbraucherpreise, zuletzt im Jahre 1978

Neben dem System von Statistiken über die zeitlichen Preisbewegungen gab es bisher nur wenig Informationen über regionale Unterschiede des Preisniveaus. Das lebhafteste Interesse an Zahlen über regionale und zwischenörtliche Verbraucherpreisunterschiede, vor allem über die unterschiedlichen Preisniveaus in Großstädten und kleineren Gemeinden sowie in ländlichen Gebieten, wurde durch ähnliche Wünsche zur Beschaffung von Informationen für die Europäischen Gemeinschaften untermauert.

Der letzte zwischenörtliche Preisvergleich fand 1978 für 31 Städte des alten Bundesgebietes, darunter Mainz und Pirmasens, statt. Die Ergebnisse dieses „31-Städtevergleichs“ fanden ein ungewöhnlich hohes Interesse nicht nur bei dem damaligen Auftraggeber, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, sondern vor allem auch bei den inländischen Konsumenten der amtlichen Statistik. Die Ergebnisse von 1978 sind jedoch inzwischen veraltet. Eine zwingende Notwendigkeit eines aktuellen regionalen Vergleichs der Verbraucherpreise ergibt sich aus dem Informationsbedarf infolge der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. Von der Bundesregierung wurde als wichtigstes politisches Ziel für die nächsten Jahre die Angleichung der Lebensverhältnisse in den alten und neuen Bundesländern herausgestellt. Um die Ergebnisse der wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die zur Erreichung dieses Zieles eingesetzt werden, kontrollieren zu können, sind statistische Informationen über Preisniveauunterschiede zwischen west- und ostdeutschen Städten für die von den privaten Haushalten gekauften Waren und Dienstleistungen unerlässlich.

Es genügt nicht, die Nominaleinkommen zu vergleichen, notwendig sind Aussagen über die Kaufkraft dieses Einkommen, also die Realeinkommen. Durch den geplanten zwischenörtlichen Preisvergleich werden erstmals gesicherte Angaben über Unterschiede des absoluten Verbraucherpreisniveaus in den alten und neuen Bundesländern gewonnen, die auch für mehrere gesetzliche Vorhaben über staatliche Transferleistungen und für Tarifverhandlungen notwendig sind.

Auf internationaler Ebene, insbesondere für die Europäischen Gemeinschaften, bilden die nationalen Ergebnisse des Preisvergleichs die erforderliche Grundlage zur Berechnung von aktuellen Kaufkraftparitäten zwischen den Mitgliedstaaten.

33 Berichtsgemeinden in den alten und 17 in den neuen Bundesländern

Gemäß der Verordnung zur Durchführung einer Bundesstatistik für örtliche Verbraucherpreise (Preisstatistikverordnung) vom 13. April 1993 (BGBl. I S. 445) wird die Erhebung in den Monaten September und Oktober dieses Jahres stattfinden.

Folgende 50 Städte wurden für den Preisvergleich ausgewählt :

Gemeinde	Bundesland
Aachen	Nordrhein-Westfalen
Bautzen	Sachsen
Berlin	Berlin
Bonn	Nordrhein-Westfalen
Braunschweig	Niedersachsen
Bremen	Bremen
Chemnitz	Sachsen
Cuxhaven	Niedersachsen
Dresden	Sachsen
Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen
Eisenhüttenstadt	Brandenburg
Erfurt	Thüringen
Essen	Nordrhein-Westfalen
Frankfurt/Main	Hessen
Freiberg	Sachsen

Freiburg i. Br.	Baden-Württemberg
Friedrichshafen	Baden-Württemberg
Fulda	Hessen
Gera	Thüringen
Gießen	Hessen
Greifswald	Mecklenburg-Vorpommern
Halle	Sachsen-Anhalt
Hamburg	Hamburg
Hannover	Niedersachsen
Heidenheim	Baden-Württemberg
Herford	Nordrhein-Westfalen
Karlsruhe	Baden-Württemberg
Kassel	Hessen
Kiel	Schleswig-Holstein
Leipzig	Sachsen
Magdeburg	Sachsen-Anhalt
Mainz	Rheinland-Pfalz
München	Bayern
Nordhorn	Niedersachsen
Nürnberg	Bayern
Passau	Bayern
Pirmasens	Rheinland-Pfalz
Regensburg	Bayern
Rostock	Mecklenburg-Vorpommern
Saarbrücken	Saarland
Schwedt/Oder	Brandenburg
Schwerin	Mecklenburg-Vorpommern
Siegen	Nordrhein-Westfalen
Stendal	Sachsen-Anhalt
Stuttgart	Baden-Württemberg
Suhl	Thüringen
Unna	Nordrhein-Westfalen
Weiden	Bayern
Wittenberg	Sachsen-Anhalt
Würzburg	Bayern

Von den in die Erhebung einbezogenen Städten befinden sich 33 in den alten und 17 in den neuen Bundesländern. Relativ kleine Gemeinden auszuwählen kam nicht in Betracht, weil eine Reihe von hochwertigen langlebigen Gebrauchsgütern, wie Waschmaschinen und Kraftfahrzeuge, dort nicht in der für regionale Preisvergleiche erforderlichen Vielfalt angeboten werden. Hinzu kommt, daß in kleinen Orten Warenhäuser, Verbrauchermärkte sowie Feinkostgeschäfte kaum anzutreffen sind. Aus statistischer Sicht muß es als nachteilig angesehen werden, daß von den 31 Gemeinden des Preisvergleichs im Jahre 1978 nur 27 wieder zu den Berichtsgemeinden gehören. Der Austausch von einigen Gemeinden bedeutet ein Abgehen von den Auswahlkriterien und eine Einschränkung der Auswer-

tungsmöglichkeiten im Hinblick auf einen Zeitvergleich sowie die Betrachtung der einzelnen Gemeindegrößenklassen.

Für die Festlegung der Berichtsgemeinden war, ebenso wie im Jahre 1978, neben ihrer Verteilung auf das Bundesgebiet wesentlich, daß auch die Bevölkerungsdichte und die Gemeindegrößenklassen angemessen berücksichtigt wurden, weil diese Faktoren für das Verbrauchspreisniveau von Bedeutung sind. Nach den gleichen Kriterien wurden jetzt auch die Berichtsgemeinden in den neuen Ländern ausgewählt. In Berlin wird wegen der noch unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage die Erhebung getrennt für West und Ost erfolgen.

Mieten nicht in die Erhebung einbezogen

Die Erhebung wird sich auf ca. 400 Preisrepräsentanten, ausgenommen Wohnungsmieten, erstrecken. Die Preisrepräsentanten werden entsprechend ihrer Relevanz für den privaten Verbrauch anhand der nach dem Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte ermittelten Ergebnissen ausgewählt. Die Beschreibungen der für den zwischenörtlichen Preisvergleich ausgewählten Waren und Dienstleistungen müssen sehr genau sein, um zu hinreichend abgesicherten Ergebnissen zu gelangen. Deshalb war es nicht möglich, die monatlich zur Ermittlung des Preisindex für die Lebenshaltung gewonnenen Einzelpreise mit relativ weit gefaßten Beschreibungen auch für die Feststellung zwischenörtlicher Preisvergleiche auszuwerten. Für Waren, die kurzfristigen Preisschwankungen unterliegen, wie beispielsweise Benzin, muß die Ermittlung beim zwischenörtlichen Preisvergleich einheitlich im gesamten Bundesgebiet an einem Tag erfolgen.

Der Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 Städten kann jedoch nicht vollständig verwirklicht werden, weil auf die Einbeziehung der Mieten verzichtet werden muß. Die Ermittlung einer ausreichenden Zahl von Einzelmieten hätte den Erhebungsumfang weit überschritten. Auch gibt es keine Informationen darüber, wo in jeder einzelnen Stadt Wohnungen zu finden sind, die nach Größe, Baualter, Ausstattung und Lage (z.B. verkehrsmäßige Erschließung und Lärmbelästigung) voll vergleichbar sind. Hilfsweise können annähernd vergleichbare Daten über Wohnungsmieten aber aus anderen Quellen, wie den örtlichen Mietpreisspiegeln, beschafft werden.

Die Ergebnisse der Erhebung dürften im Frühjahr des kommenden Jahres vorliegen.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Struktur des Obstanbaues in Rheinland-Pfalz

Die rheinland-pfälzischen Obstanbauer erzeugten 1992 im erwerbsmäßigen Anbau eine Rekordernte von 112 000 t Baumobst. Diese Menge war am Markt – selbst mit erheblichen Preiszugeständnissen – nicht abzusetzen. Die Erzeugergroßmärkte mußten zeitweise so-

gar ihre Annahmestellen schließen, weil sie das Angebot nicht bewältigen konnten. Zusätzlich verschärfte sich die Situation durch Importe, die vorwiegend aus Osteuropa stammten und deren Preisforderungen erheblich unter denen deutscher Anbieter lagen.

Betriebe mit Verkaufsanbau von Baumobst 1972 bis 1992 nach Betriebsgrößenklassen

Baumobstfläche von ... ha	Betriebe				Fläche				Bäume			
	1972	1982	1987 ¹⁾	1992	1972	1982	1987 ¹⁾	1992	1972	1982	1987 ¹⁾	1992
	Anzahl				ha				Anzahl			
unter 0,2	1 430	304	321	250	193	51	54	42	72 903	19 956	23 837	19 615
0,2 – 0,5	2 216	1 557	1 482	1 303	699	499	475	420	253 113	205 777	214 962	209 423
0,5 – 1	1 508	1 145	1 031	882	1 022	777	701	615	379 809	315 372	330 503	303 197
1 – 2	844	797	676	563	1 138	1 088	938	773	469 687	494 100	467 937	447 192
2 – 3	312	277	248	214	747	672	597	509	331 793	314 311	329 591	308 985
3 – 5	255	255	249	207	949	942	949	791	449 172	516 086	571 720	559 745
5 und mehr	169	208	196	233	1 336	1 759	1 771	2 304	730 270	1 132 317	1 392 713	2 184 727
Insgesamt	6 734	4 543	4 203	3 652	6 084	5 788	5 486	5 455	2 686 747	2 997 919	3 331 263	4 032 884

1) Ohne Walnüsse.

Vor diesem Hintergrund soll über Struktur und Entwicklung des Baumobstanbaus in Rheinland-Pfalz berichtet werden. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern verfügt Rheinland-Pfalz über bedeutende Baumobstflächen. Nur Baden-Württemberg, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt weisen größere Baumobstflächen nach.

Angaben über das Produktionspotential werden alle fünf Jahre im Rahmen der Obstanbauerhebung ermittelt. Rechtliche Grundlage hierfür ist das Agrarstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1992 (BGBl. I S. 1632). Befragt werden alle Betriebe, die für den Markt produzieren und über mehr als 15 Ar Baumobstfläche verfügen. Neben den Anbauflächen für Äpfel, Sauer- und Süßkirschen, Birnen, Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen, Renekloden, Aprikosen, Pfirsichen und Walnüssen sind das jeweilige Pflanzjahr und die Pflanzdichte anzugeben. Für Äpfel und Birnen werden zusätzlich die Sorten erfragt.

Weniger aber größere Betriebe

Innerhalb der letzten 20 Jahre hat sich die Zahl der Betriebe mit Erwerbsanbau von Baumobst um 3 100 auf 3 650 verringert. Ihr Produktionspotential umfaßt heute 5 460 ha, rund 630 ha weniger als 1972. Im Durchschnitt bewirtschaftet damit jeder Betrieb 1,5 ha Baumobstfläche, eine Steigerung um 0,6 ha gegenüber 1972.

Noch deutlicher spiegelt sich der Strukturwandel im Obstbau in den einzelnen Größenklassen wider. So verringerte sich in der Größenklasse von 0,2 bis 0,5 ha Baumobstfläche die Zahl der Betriebe zwischen 1972 und 1992 um 41 %, in der Klasse von 3 bis 5 ha um 19 %. Eine Zunahme der Betriebe um 38 % verzeichnete dagegen die Größenklasse mit mehr als 5 ha Baumobstfläche. Obwohl 36 % aller Betriebe auf die Größenklasse 0,2 bis 0,5 ha Baumobstfläche entfallen, bewirtschaften sie nur 8 % der gesamten Fläche. Demgegenüber nutzen die 230 Betriebe mit mehr als 5 ha allein 42 % der Baumobstfläche. Sie haben innerhalb der letzten 20 Jahre ihren Flächenanteil verdoppelt.

Apfelanbau immer wichtiger

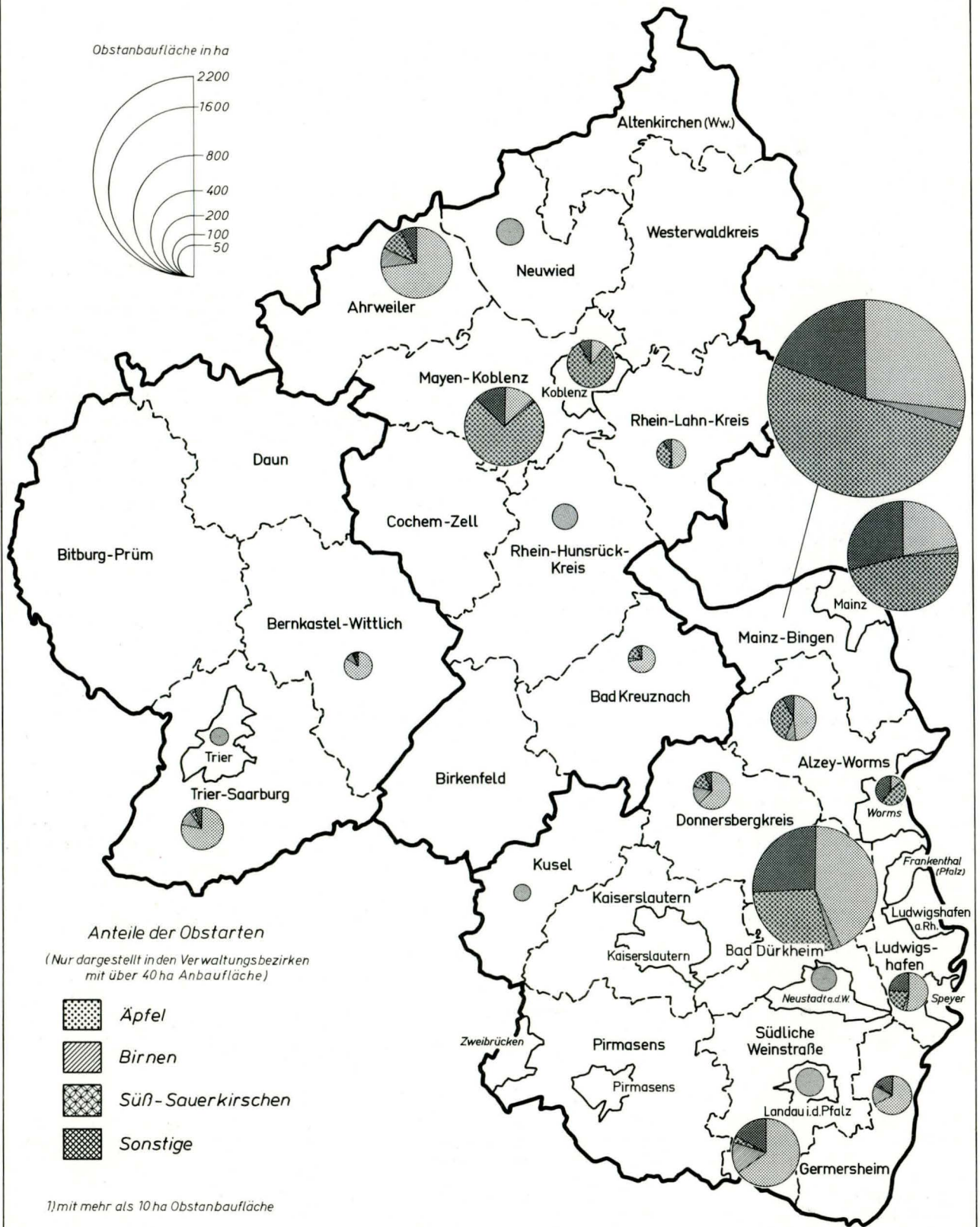
Im Zeitraum 1972 bis 1992 veränderten sich neben der Zahl und Größe der Betriebe auch die Anteile der einzelnen Obstarten. Waren bis 1987 Sauerkirschen die bedeutendste Obstart, standen 1992 Äpfel an erster Stelle. Sie wuchsen heute auf 1 970 ha gegenüber 1 700 ha in 1972. Sauerkirschen erreichen nur noch 1 820 ha, 1982, dem Jahr mit der größten Sauerkirschenfläche, waren es noch 900 ha mehr.

Ebenfalls weiter an Bedeutung gewonnen haben Pflaumen und Zwetschen, deren Anbaupotential von 674 ha in 1972 auf 840 ha in 1992 erweitert wurde. Süß-

Betriebe mit Verkaufsanbau von Baumobst 1992 nach Obstarten und Betriebsgrößenklassen

Baumobstfläche von ... ha	Insgesamt		Darunter mit Anbau von									
			Äpfel		Birnen		Süßkirschen		Sauerkirschen		Pflaumen und Zwetschen	
	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche	Betriebe	Fläche
	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha	Anzahl	ha
unter 0,2	250	42	104	10	52	2	68	4	160	19	76	4
0,2 – 0,5	1 303	420	605	107	307	20	450	34	877	188	534	47
0,5 – 1	882	615	416	146	193	25	381	58	647	282	442	73
1 – 2	563	773	347	217	131	29	274	68	428	310	352	116
2 – 3	214	509	160	172	59	18	113	33	176	193	159	79
3 – 5	207	791	165	280	73	33	137	63	186	244	167	147
5 und mehr	233	2 304	211	1 039	102	101	146	128	203	580	194	375
Insgesamt	3 652	5 455	2 008	1 971	917	230	1 569	387	2 677	1 815	1 924	840

Anbauflächen 1992 nach Obstarten und Verwaltungsbezirken¹⁾



kirschen, die 1972 mit 605 ha eine ähnliche Bedeutung wie Pflaumen und Zwetschen hatten, kamen 1992 dagegen nur noch auf 387 ha. Nachdem von 1972 bis 1987 der Birnenanbau um gut die Hälfte auf 194 ha zurückging, umfaßt er heute 230 ha.

Die abnehmende Bedeutung der Sauer- und Süßkirschen liegt in der zwischenzeitlichen höheren Wirtschaftlichkeit des Apfel- sowie des Pflaumen- und Zwetschenanbaus begründet. Dies führt dazu, daß die Obstbauern bei der Neuanlage bevorzugt Äpfel bzw. Pflaumen und Zwetschen anpflanzen. Da vorwiegend größere Betriebe über das entsprechende Kapital für eine Neuanlage verfügen, kommt es zu einer zunehmenden Ungleichverteilung der Obstarten auf die einzelnen Größenklassen.

Insgesamt verfügen 55 % aller Betriebe über Apfelanlagen, von den Betrieben in der Größenklasse mit 5 ha und mehr sind es jedoch 91 %. Auf diese Betriebsgrößenklasse entfallen 53 % der Apfelfläche. Sauerkirschen finden sich dagegen in 73 % aller Betriebe. In der höchsten Größenklasse erzeugen 87 % der Betriebe Sauerkirschen. Ihr Flächenanteil an der gesamten Sauerkirschenfläche liegt im Gegensatz zu den Äpfeln bei nur 32 %. Im Vergleich zu den großen Betrieben bewirtschaften die 600 Betriebe mit Apfelanbau in der Größenklasse 0,2 bis 0,5 ha nur 5,4 % der Apfelflächen. Bei den Sauerkirschen liegt der Anteil an der Fläche für diese Betriebe fast doppelt so hoch. Auch die Zahl der Betriebe ist mit 880 Betrieben deutlich höher. Demnach beträgt die durchschnittliche Apfelfläche je Betrieb 1 ha, die durchschnittliche Sauerkirschenfläche dagegen nur 0,68 ha. Pflaumen und Zwetschen haben 53 % der Betriebe in ihren Anlagen stehen, wobei die Betriebe mit 5 und mehr ha zu 83 % diese Obstart anbauen. Auf sie entfallen 45 % der Anbaufläche.

Neue Apfelsorten bevorzugt

Neben der Zunahme der Apfelanbaufläche hat sich auch das Sortenspektrum bei den Äpfeln erweitert. In der Vergangenheit hatten nur wenige Sorten wie Golden Delicious, Cox Orange und James Grieve größere Bedeutung. Mittlerweile stehen dem Verbraucher eine Vielzahl an neuen Apfelsorten zur Verfügung, so daß er seinem Geschmack entsprechend wählen kann.

Der Golden Delicious, eine der bekanntesten und wichtigsten Apfelsorten überhaupt, wird heute in Rheinland-Pfalz auf 190 ha erzeugt, das sind 72 ha weniger als noch vor fünf Jahren. Er gab damit seine Rolle als bedeutendste Apfelsorte an den Jonagold ab. Diese Kreuzung aus Jonathan und Golden Delicious erreicht einen Anbauumfang von 238 ha. Weitere wichtige Sorten sind Elstar (184 ha), Boskoop (176 ha), Cox Orange (144 ha), Gloster (127 ha), Idared (127 ha) und Melrose (119 ha). Sie stellen zusammen mit Jonagold und Golden Delicious drei Viertel der Anbaufläche für Tafeläpfel. Dagegen sind alte Apfelsorten wie Geheimrat Oldenburg und Lodi fast vollständig aus dem Erwerbsobstbau verschwunden.

Bei den Birnen, für die ebenfalls die Sorten erfragt werden, konzentriert sich der Anbau nach wie vor auf Williams Christbirne und Alexander Lucas, die zusammen 64 % der mit Tafelbirnen bepflanzten Fläche einnehmen. Gegenüber 1972 haben die beiden Sorten mit einem hohen Handelswert ihren Anteil sogar um 18 Prozentpunkte erhöht.

Kirschenanlagen sind überaltert

Die aufgezeigten Entwicklungen bei den Obstarten und -sorten spiegeln sich auch in der Altersstruktur der Anlagen wider. Bepflanzten die Obsterzeuger bei den Äpfeln 56 % der Flächen innerhalb der letzten 10 Jahre, erreicht der vergleichbare Anteil bei den Sauerkirschen nur 24 %. Gegenüber der letzten Erhebung hat sich damit die Altersstruktur bei den Sauerkirschen weiter verschlechtert. 1987 waren noch 43 % der Anlagen nicht älter als 10 Jahre, wobei die Altersklasse 5 bis 9 Jahre den Schwerpunkt bildete. Diese heute 10 bis 14 Jahre alten Anlagen stellen 29 % der Sauerkirschenfläche.

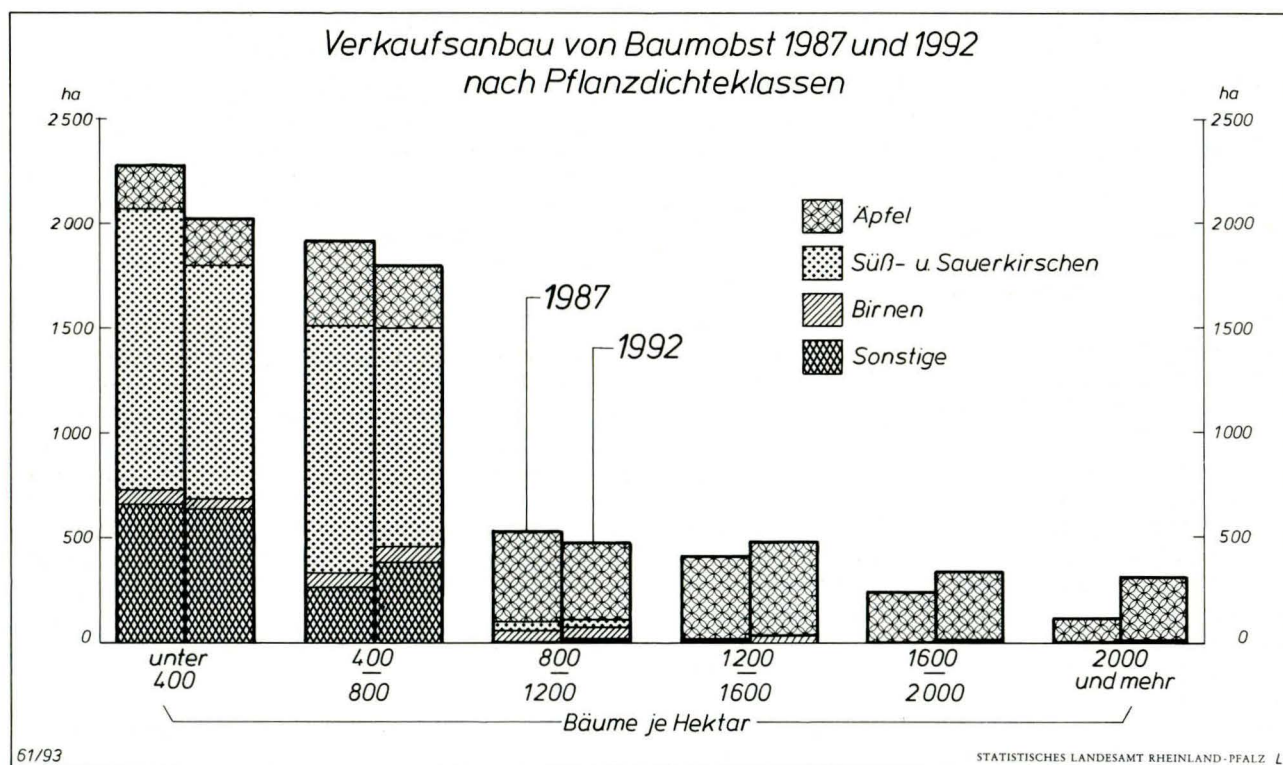
Bei den Pflaumen und Zwetschen dagegen sind fast ein Drittel der Anlagen erst in den letzten vier Jahren angelegt worden, so daß zukünftig ein steigendes Angebot an heimischer Ware zur Verfügung stehen wird. Zwar sind 43 % der Birnenanlagen älter als 20 Jahre, aber mit 38 % ist der Anteil der Birnenanlagen, die nicht älter als 10 Jahre sind, ebenfalls sehr hoch.

Die Altersstruktur der Apfelsorten belegt gut die steigende Bedeutung der neuen Sorten. Allein von Elstar gehören 17 ha oder 9,2 % der gesamten mit Elstar bepflanzten Fläche der Altersklasse von unter einem Jahr an. Nicht älter als 10 Jahre sind 92 % der Anlagen. Bei Jonagold beträgt der entsprechende Anteil 75 %. Boskoop, Gloster, Idared und Melrose kommen auf Anteile zwischen 39 bis 55 %.

Von Golden Delicious und James Grieve sind dagegen jeweils nur 23 % der Anlagen in den letzten 10 Jahren neu angepflanzt worden. Der Cox Orange, eine lange bekannte Sorte, erreicht demgegenüber einen Anteil von 51 %. Damit ist zu erwarten, daß der Cox Orange weiter eine bedeutende Sorte bleibt, während Golden Delicious und James Grieve immer geringere Anteile an der Apfelfläche haben werden.

Dichtpflanzungen nehmen weiter zu

Eine erhebliche Arbeitserleichterung bei Erziehung, Schnitt und Ernte von Baumobst ermöglicht die Dichtpflanzung. Erkauft werden müssen die Vorteile jedoch durch höhere Investitionskosten bei der Erstellung der Anlagen. Da aber für viele Betriebe die Arbeitskapazität der am stärksten begrenzende Faktor ist, sind die höheren Anlagenkosten betriebswirtschaftlich sinnvoll, zumal die frühere Ertragsfähigkeit der Anlagen sowie die bessere Qualität der Früchte einen schnelleren und höheren Kapitalrückfluß ermöglichen.



Voraussetzung für die Dichtpflanzung ist jedoch, daß schwachwachsende Unterlagen, wie z. B. M 9, zur Verfügung stehen und kleine Baumformen möglich sind. Diese züchterischen Voraussetzungen erfüllen zur Zeit besonders gut die Äpfel. Es entfallen deshalb auch 96 % der Flächen mit Baumzahlen von mehr als 2 000 Stück pro Hektar auf die Äpfel. Diese 311 ha Apfeldichtpflanzungen stellen 16 % der gesamten Apfelfläche dar. Im Schnitt stehen gut 2 600 Apfelbäume auf einem Hektar.

Sortenspezifisch liegt der Anteil der Dichtpflanzungen mit 28 % bei Elstar sehr hoch. Cox Orange und Jonagold weisen mit 19 bzw. 18 % ebenfalls höhere Anteile auf. Melrose (6,7 %), Gloster (7 %) und Boskoop (8 %) sind dagegen weniger häufig in Dichtpflanzungen anzutreffen.

Die Entwicklung zu höheren Baumzahlen je Hektar beschränkt sich nicht nur auf die eigentlichen Dichtpflanzungen. So haben auch die Flächen mit 1 200 bis 2 000 Bäumen je Hektar seit 1987 um 26 % zugenommen. Deshalb sind trotz zurückgehender Baumobstflächen die Baumzahlen angestiegen. So reift heute das Obst auf über 4 Millionen Bäumen heran, von denen über ein Fünftel in Dichtpflanzungen mit 2 000 und mehr Bäumen je Hektar steht.

Vorderpfalz größtes zusammenhängendes Anbauggebiet

Ein erfolgreich betriebener Erwerbsobstbau stellt bestimmte Ansprüche an den Standort. Gut geeignet sind Regionen mit einer hohen Durchschnittstemperatur in der Hauptvegetationszeit von Mai bis September, und die Gefahr von Spätfrösten sollte möglichst gering sein. Der Faktor Wasser kann in niederschlagsarmen

Gebieten ebenfalls zu einem begrenzenden Faktor werden, besonders dann, wenn keine Möglichkeit zur Beregnung besteht.

Einen Schwerpunkt des Obstbaus in Rheinland-Pfalz stellt der Landkreis Mainz-Bingen einschließlich der Stadt Mainz dar. In diesen Verwaltungseinheiten liegen 52 % der gesamten Baumobstfläche, wobei auf 43 % der Fläche Sauerkirschen wachsen. Die Äpfel erreichen 26 % und die Süßkirschen 6,5 %. Die 1 229 ha Sauerkirschen und 183 ha Süßkirschen bilden hier das größte zusammenhängende Kirschenanbaugbiet Deutschlands. Weitere größere Baumobstflächen liegen in den Landkreisen Bad Dürkheim (850 ha) und Südliche Weinstraße (260 ha). Hier überwiegt jedoch der Apfelanbau.

Im nördlichen Rheinland-Pfalz konzentriert sich der Obstbau auf wenige Gemeinden in den Landkreisen Mayen-Koblenz und Ahrweiler und auf die Stadt Koblenz. Allein Mülheim-Kärlich weist fast 60 % der Baumobstflächen des Landkreises Mayen-Koblenz (349 ha) nach. In Mülheim-Kärlich und den Gemeinden Dieblich und Kettig werden zusammen 311 ha Baumobstflächen bewirtschaftet, die zur Hälfte mit Sauerkirschen und zu einem Viertel mit Süßkirschen bepflanzt sind. Im Landkreis Ahrweiler betreiben die Obstanbauer auf 74 % der 272 ha Baumobstflächen Apfelanbau, der im wesentlichen in den Gemeinden Grafschaft und Remagen erfolgt. Die Betriebe der Stadt Koblenz bewirtschaften 110 ha Baumobstfläche, die zu 55 % aus Sauerkirschen und zu 25 % aus Süßkirschen bestehen. Sie bilden zusammen mit den angrenzenden Flächen des Landkreises Mayen-Koblenz ein weiteres Anbauzentrum für Kirschen.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Erhebung der geplanten Flächennutzung 1993

Eine differenzierte Erfassung und Fortschreibung der vorhandenen und geplanten Bodennutzungen als Grundlage für flächenbezogene Auswertungen gehört zu den unverzichtbaren Informationsgrundlagen des Bodenschutzes. Der Bodenschutz ist eine der wichtigsten fachübergreifenden Querschnittsaufgaben für Umwelt-, Raumordnungs-, Städtebau- und Verkehrspolitik. Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzip sind bei bodenschützenden Maßnahmen zu berücksichtigen, wobei zur Verwirklichung des Kooperationsprinzips durch Beratung und Information auf verlässliche Daten zur Bodennutzung zurückgegriffen werden muß.

Seit 1989 wird im Rahmen der Flächenerhebung neben der tatsächlichen Nutzung gemäß dem Nutzungsartenkatalog des Liegenschaftskatasters auch die geplante d.h. die im Flächennutzungsplan dargestellte Art der Nutzung erhoben. Die hierfür maßgebliche Rechtsgrundlage, das Agrarstatistikgesetz in der Fassung vom 23. September 1992, legt in Anlehnung an § 5 des Baugesetzbuches (BauGB) die Gemeinden bzw. gemeindefreien Gebiete als auskunftspflichtige Erhebungseinheiten fest. Diese verfügen auf Grund der kommunalen Planungshoheit in erster Linie über die erforderlichen Erhebungsgrundlagen. Im Flächennutzungsplan, der sowohl die Bestandsflächen als auch die gemeindlichen Planungsabsichten als Karte räumlich darstellt, sind die Nutzungsarten gemäß § 5 Abs. 2 BauGB zu erfassen.

Für die Gemeinden in Rheinland-Pfalz bedeutete das für 1989 konkret die Umsetzung von vorliegenden Flächenelementen aus den Flächennutzungsplänen in Zahlenwerte entsprechend einem Nutzungsartenschlüssel, der soweit wie möglich auf den beim Liegenschaftskataster verwendeten Katalog abgestimmt war.

Probleme bei der erstmaligen Erhebung

Bis ein endgültiges Landesergebnis vorgelegt werden konnte, traten bei der erstmaligen Erhebung eine Vielzahl von technischen und organisatorischen Problemen auf. Landesweit lag zwar – im Gegensatz zu anderen Bundesländern – eine vorbereitende Bauleitplanung in Form von Flächennutzungsplänen vor. Jedoch schränkte der von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedliche Qualitätsstandard der auszuwertenden Pläne hinsichtlich Differenzierungsgrad, Genauigkeit und Aktualität die Aussagekraft der gewonnenen Ergebnisse von vornherein ein.

Weniger als die Hälfte der auskunftspflichtigen Gemeinden erarbeitete eine Flächenumrißkarte. Mangels geeigneter Alternativen galt diese als unverzichtbare Grundlage für den sich anschließenden Arbeitsgang der Flächenermittlung. Die mit Hilfe des Planimetrierens der Flächensegmente in Zahlen transformierten Flächen bestimmen entscheidend den abschließenden Arbeitsgang der Aggregation zu Nutzungsarten und damit die Qualität der Daten.

Statt weitgehender Orientierung an den zur Verfügung stehenden Flächennutzungsplänen wurden allzuoft Daten des Liegenschaftskatasters (tatsächliche Nutzung) übernommen und in das Erhebungsschema der geplanten Nutzung eingepaßt. Das vorrangige Ziel, die Planungsabsichten über den vorhandenen Bestand hinaus darzustellen, wurde damit schon vom Ansatz her verfehlt.

Aufgrund des von vielen auskunftspflichtigen Verwaltungen als gering bedachten Stellenwertes der Erhebung kam es zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen bei der Erstellung der Ergebnisse. Ohne die zweifellos besondere Problematik bei der erstmaligen Erhebung zu verkennen, kann eine Dauer von über zweieinhalb Jahren von der Ankündigung der Erhebung bis zum veröffentlichten Landesergebnis nicht als akzeptabel und für künftige Fortschreibungen nicht als richtungsweisend bezeichnet werden.

Flächenbilanzierungen noch nicht möglich

Sind die Ergebnisse über die geplante Nutzung 1989 für sich betrachtet schon in ihrem Wert eingeschränkt, so wird in der Gesamtbetrachtung zusammen mit den

Geplante Flächennutzung 1989

Nutzungsart	Rheinland-Pfalz		Zum Vergleich: Früheres Bundesgebiet
	Hektar	%	
Bau- und Gemeinbedarfsflächen	136 329	6,9	7,9
Wohnbauflächen	53 471	2,7	3,7
Gemischte Bauflächen	42 784	2,2	1,9
Gewerbliche Bauflächen	20 654	1,0	1,3
Sonderbauflächen, Flächen für den Gemeinbedarf	19 420	1,0	0,9
Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge	44 746	2,3	2,2
Flächen für die Ver- und Entsorgung	2 884	0,1	0,2
Grünflächen	31 034	1,6	1,7
Flächen für die Land- und Forstwirtschaft	1 709 191	86,1	84,8
Flächen für die Landwirtschaft	914 240	46,1	54,8
Flächen für die Forstwirtschaft	794 951	40,0	30,0
Flächen für Aufschüttungen und Abgrabungen	6 487	0,3	0,5
Übrige Flächen (Wasserflächen, Sonderfreiflächen, Flächen für den Naturschutz)	54 240	2,7	2,8
Bodenfläche insgesamt	1 984 912	100,0	100,0

zeitlich parallel ermittelten Daten der tatsächlichen Nutzung die Aussagekraft der Flächenerhebung für den Anwender derzeit noch weiter gemindert.

Obwohl Rheinland-Pfalz nur 8 % des früheren Bundesgebietes umfaßt, ist die Verteilung der Nutzungsarten dem Bundesmittel sehr ähnlich. Bezüglich einzelner für Rheinland-Pfalz typischer, von der tatsächlichen Nutzung her bekannter Abweichungen (unterdurchschnittliche Bebauung und Landwirtschaftsfläche, höhere Bewaldungsrate) lassen sich keine signifikanten Unterschiede zum Bund feststellen. Vergleicht man jedoch Plannutzungs- und Katasterdaten im Sinne eines flächenbilanzierenden Ist-Soll-Vergleiches, schränkt sich der Wert der aktuellen Flächennutzungsdaten insbesondere für Prognosezwecke stark ein¹⁾, wofür mehrere Gründe ausschlaggebend sind:

- Unterschiedliche Bezugseinheiten: Die Realnutzungsdaten des Liegenschaftskatasters zur Flächenbildung stellen flurstückbezogene und damit kleinräumliche Nutzungen in hoher Differenzierung (derzeit 218 Einzelnutzungen) dar. Demgegenüber bilden die Nutzungsarten der Planzeichenverordnung und des darauf fußenden Nutzungsartenkataloges für die geplante Nutzung großflächigere, zusammenhängende Nutzungseinheiten. Beispielsweise stellen die Kategorien „Flächen für die Landwirtschaft“ und „Flächen für Wald“ den Außenbereich einer Gemeinde dar, in der Regel ohne weitere Differenzierung nach Kulturarten und ohne Rücksicht auf bereits realisierte, aber vom Charakter abweichende Nutzungsarten (z. B. Gehöfte).

Dagegen trennt die flurstückspezifische Sichtweise des Liegenschaftskatasters bebaute Flurstücke aus der umliegenden Nutzung heraus und ordnet sie der Position „Gebäude und Freifläche“ mit entsprechendem Nutzungszweck zu. Das Ergebnis für die Flächen für die Landwirtschaft (geplante Nutzung) mit 914 000 ha gegenüber 884 000 ha Landwirtschaftsfläche (tatsächliche Nutzung) ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Bezugseinheiten zu sehen und entsprechend zu interpretieren.

- Unterschiedliche Sichtweise linienhafter Strukturen: Die unterschiedlichen Zielsetzungen der auszuwertenden Datengrundlagen bringen es mit sich, daß die Bauleitplanung linienhafte Elemente wie Feld-/Waldwege, Straßen ohne Verkehrsbedeutung, Wasserläufe etc. in der Regel nicht gesondert ausweist, sondern in die umliegende Nutzung integriert, die Katasterverwaltung hingegen linienhafte Geometrien als Realnutzung gesondert vorhält. Flächen mit einem hohen Anteil an Linienelementen, wie Flächen für die Landwirtschaft, werden dadurch vergrößert. Umgekehrt sind in den Flächen für den überörtlichen Verkehr und für die örtlichen Hauptverkehrszüge nur die bedeutenden Verkehrslinien enthalten. Eine Ist-Soll-Bilanzierung beispielsweise von Verkehrsflächen ist somit grundsätzlich nur bedingt möglich.

- Uneinheitliche Bauleitplanung: In Flächennutzungsplänen werden Nutzungsarten vielfach nicht flächen- sondern symbolhaft dargestellt. So können Flächen für den Gemeinbedarf, Sport- und Spielanlagen, Flächen für den ruhenden Verkehr sowie zur Ver- und Entsorgung mangels auswertbarer Flächenausdehnung nicht immer gesondert, sondern nur zusammen mit der sie umgebenden Nutzung und somit untererfaßt werden. Damit werden die Daten besonders für regionale Querschnittsanalysen schlechter nutzbar. Ergänzend kommt hinzu, daß die Planunterlagen landesweit äußerst unterschiedliche Planungsstände aufweisen. Veraltete Pläne enthalten naturgemäß einen hohen Grad an bereits realisierten Vorhaben oder von der Entwicklung überholten Planungen, so daß die aktuellen Planungsabsichten nur unzureichend zum Ausdruck kommen. Da der Aktualisierungszeitraum eines Flächennutzungsplanes oftmals erheblich über dem Feldvergleichsturnus der Katasterverwaltung (4-5 Jahre) liegt, wird darüber hinaus der Wert der Daten für Längsschnittanalysen (z. B. Untersuchungen von Nutzungsartenverschiebungen im Zeitablauf) gemindert.

Die von allen an der Ersterhebung Beteiligten gemachten Erfahrungen ließen bereits sehr früh erkennen, daß für zukünftige Erhebungen Maßnahmen zur Steigerung der Ergebnisqualität erforderlich sind.

Änderungen im Erhebungsablauf für 1993

Am grundsätzlichen Verfahrensablauf mit entsprechender Arbeitsteilung zwischen Statistischem Landesamt, Landesvermessungsamt und auskunftspflichtigen Gemeinden ergeben sich gegenüber 1989 keine gravierenden Abweichungen. Im Detail erfolgen jedoch eine Reihe von Änderungen, die zusammengenommen zu qualitativ besseren Ergebnissen führen dürften.

Der gegenüber 1989 reduzierte Erhebungskatalog orientiert sich enger an der Verfügbarkeit und Auswertbarkeit der Planunterlagen. Eine Reihe von Merkmalen wird nur noch dann nachgewiesen, wenn sie als solche im Flächennutzungsplan explizit ausgewiesen sind (Sondergebiete Erholung, Sonstige Sondergebiete, Flächen für den ruhenden Verkehr, Flächen für Maßnahmen zum Schutz von Natur und Landschaft, alle zweckbestimmenden Arten von Grünflächen).

Das Handbuch zur Erhebung der Bodenflächen als Anleitung für die Gemeinden ist redaktionell überarbeitet und übersichtlicher gestaltet worden. Besonders das Ziel der leichteren Umsetzung von Nutzungsarten aus den verschiedensten Quellen in den für die Erhebung maßgeblichen Nutzungsartenkatalog stand dabei im Vordergrund.

Die wichtigste Neuerung für die laufende Erhebung ist jedoch die Einbeziehung von weiteren Datenbeständen in den Erhebungsablauf. Für 1993 führt das Statistische Landesamt in Zusammenarbeit mit dem Landesvermessungsamt in insgesamt 30 Städten und Verbandsgemeinden die Erhebung der geplanten Nutzung mit Hilfe des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS) durch.

1) Über die Problematik des Ist-Ist-Vergleiches der tatsächlichen Nutzung wurde bereits früher berichtet. Kramer, Gerd: Die Nutzung der Landesfläche 1989, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 6/1990, S. 151 ff.

Das raumbezogene Informationssystem ATKIS

Die Topographie des Landes in einem einheitlichen Koordinatensystem zu erfassen und in Karten darzustellen ist seit jeher Ziel und Aufgabe der Landesvermessung. Bis vor wenigen Jahren wurden die topographischen Karten angepaßt an die technischen Möglichkeiten und abgestimmt auf die Bedürfnisse der Karten-nutzer in analoger Form als Ergebnisse der Landesvermessung herausgegeben.

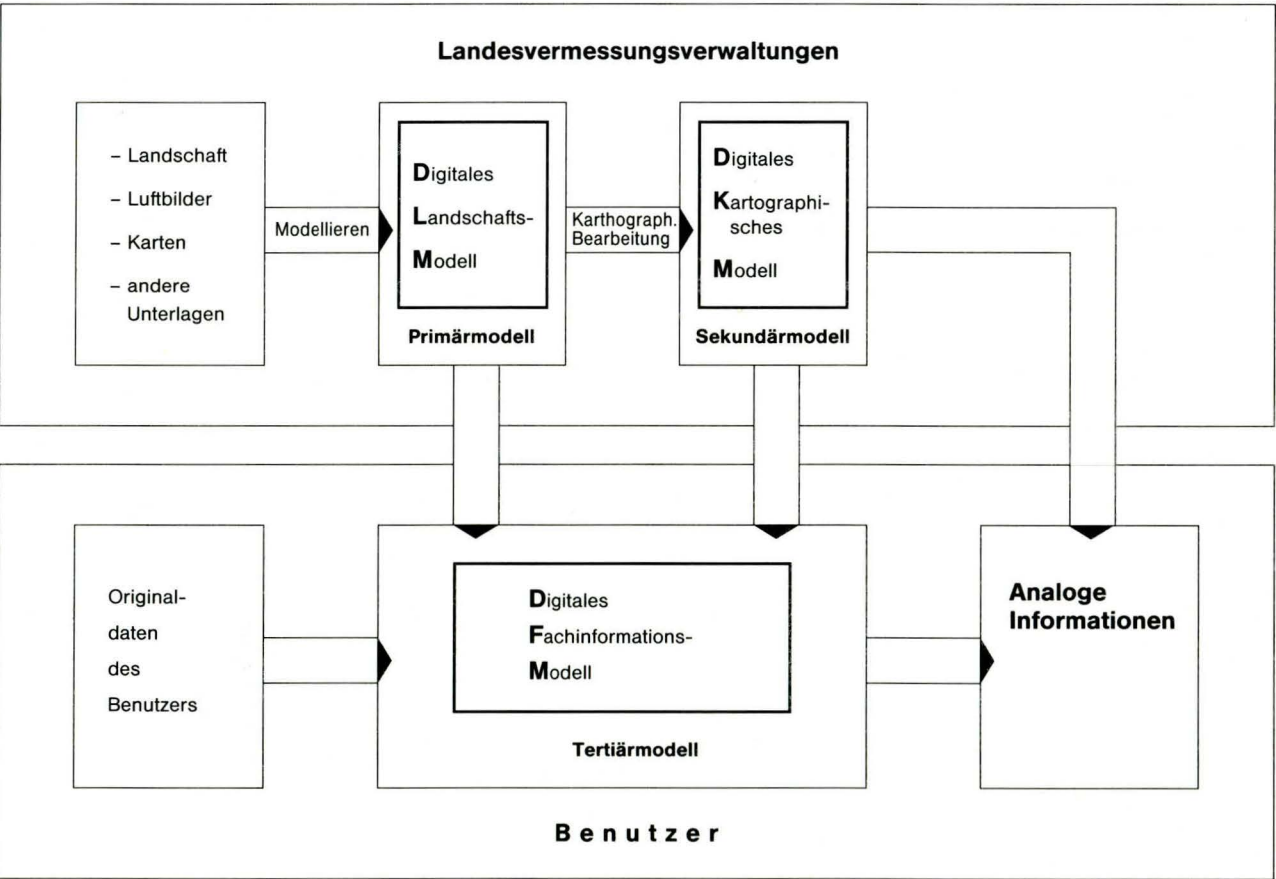
Seit Mitte der achtziger Jahre ist, bedingt durch die rasante Entwicklung in der Informations- und Kommunikationstechnologie, seitens der Nutzer der Bedarf nach digitalen topographischen und kartographischen Daten in den Vordergrund getreten. Daher mußte die Zielsetzung der Landesvermessung neu überdacht und die Aufgabenbewältigung an die geänderten technischen Verfahrensweisen angepaßt werden.

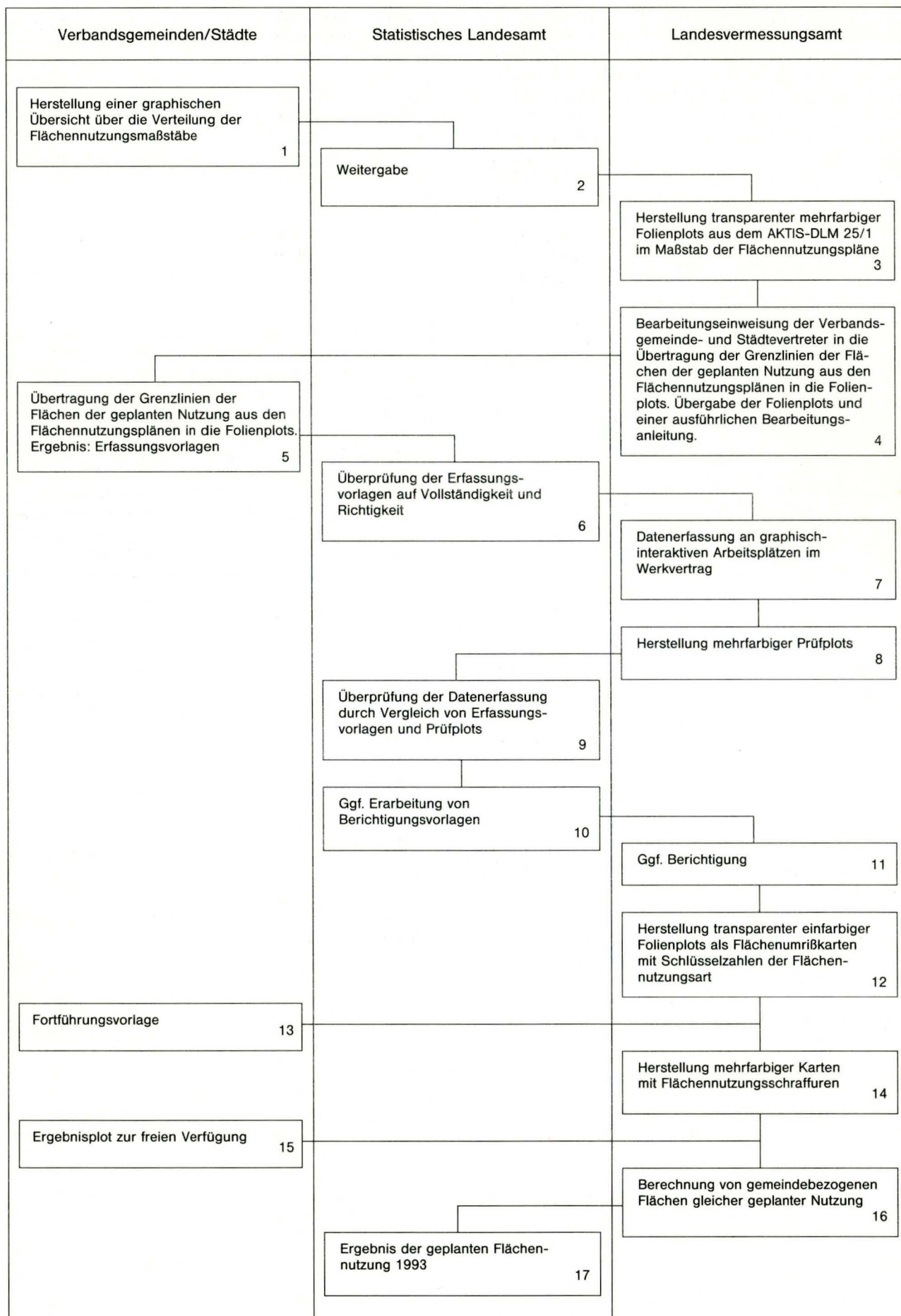
Die Vermessungs- und Katasterverwaltungen der Länder erarbeiteten ein Konzept für die zeitgemäße Aufgabenerfüllung der Landesvermessung und vereinbarten eine Strategie zur Bereitstellung digitaler topo-graphischer und kartographischer Daten. Die gemeinsamen Vorstellungen und Ziele wurden 1988 in der Dokumentation „Amtliches Topographisch-Kartogra-phisches Informationssystem“ – ATKIS – veröffentlicht.

Ein herausragender Aspekt ist die Anwendung der Modelltheorie, wonach die Landschaft als Original, das Ergebnis der topographischen Erfassung als Digitales Landschaftsmodell – DLM – (Primärmodell) und das Er-

gebnis der kartographischen Bearbeitung als Digitales Kartographisches Modell – DKM – (Sekundärmodell) bezeichnet wird. Die in den Modellen gespeicherten, raumbezogenen topographischen Basisinformationen können mit digitalen fachspezifischen Informationen verschiedener Nutzer verknüpft und danach als Digitale Fachinformationsmodelle – DFM – (Tertiärmodelle) betrachtet werden. Die objektstrukturierten und attribut-orientierten Daten des DLM stellen eine ideale Grund-lage mit einheitlichem Raumbezug für die Erfassung und Auswertung beliebiger Fachinformationen dar.

Der Aufbau des DLM und die Ableitung des DKM sind die große Herausforderung an die moderne Landesver-messung. Organisatorische und methodische Rahmen-bedingungen führten zu dem Beschluß, verschiedene DLM mit abgestufter geometrischer und thematischer Modellauflösung aufzubauen. Für die Landesvermes-sungsämter besteht die hauptsächliche Aufgabe darin, ein sich inhaltlich an der Topographischen Karte 1 : 25 000 (TK 25) orientierendes DLM 25, allerdings mit einer Lagegenauigkeit von ± 3 m für die bedeutenden Objekte des Verkehrs- und Gewässernetzes, einzurich-ten. Um erste Daten innerhalb eines angemessenen Zeitraumes von 5 Jahren bis 1995 flächendeckend anbieten zu können, wurde aus dem vollständigen DLM 25 eine auf die vorrangigen Bedürfnisse der Nut-zer abgestimmte Informationsteilmenge zur Erfassung einer ersten Realisierungsstufe DLM 25/1 festgelegt. Das DLM 25/1 beinhaltet bereits alle bedeutenden Objekte, so auch die des Verkehrs- und Gewässernet-zes.





Im Vergleich zu den bisherigen Kartenprodukten sind die heute im Aufbau befindlichen digitalen Daten wesentlich vielseitiger verwendbar. Die objektstrukturierte Speicherung des DLM ermöglicht dem Benutzer die Datenauswahl nach beliebigen Kriterien, vielfältige geometrische Auswertungen und variantenreiche graphische Präsentationen am Bildschirm bzw. auf Papier oder Folie.

Unterstützung der Erhebung durch ATKIS

Alle geobezogenen Fachinformationen können in digitaler oder analoger Form den topographischen Basisinformationen zugeordnet werden. Die Flächennutzungspläne der Gemeinden sind geobezogene Fachinformationen. Von daher lag es nahe, die Erhebung der geplanten Flächennutzung 1993 auf der Grundlage des ATKIS-DLM 25/1 – soweit zur Zeit verfügbar – durchzuführen. Der hierfür vorgesehene Arbeitsablauf ergibt sich aus Schaubild 2.

Die graphischen Ergebnisse, eine transparente einfarbige Flächenumrißkarte der Flächen gleicher geplanter Nutzung und eine Flächennutzungskarte mit farbigen Schraffuren der Flächen gleicher geplanter Nutzung werden den Verbandsgemeinden/Städten überreicht. Die transparente Flächenumrißkarte soll für die sukzessive Aktualisierung möglichst sofort nach Änderungen in der Flächennutzungsplanung verwendet werden. Damit kann der Aktualisierungsaufwand auf mehrere Jahre verteilt werden, bevor die nächste Flächenerhebung 1997 ansteht.

Die topographischen Basisdaten des ATKIS-DLM 25/1 und die neuerfaßten Flächennutzungsdaten werden im Landesvermessungsamt langfristig auf Datenträger gespeichert. Die digitale Speicherung der Daten erlaubt zu jedem Zeitpunkt beliebige graphische Präsentationen für verschiedenste Aufgabenstellungen. Alle Vorteile der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie können genutzt werden. Den beteiligten Verbandsgemeinden/Städten kann das Landesvermessungsamt jederzeit die digitalen Daten oder graphische Ergebnisse beispielsweise für Planungsaufgaben oder für Präsentationszwecke gegen Kostenerstattung zur Verfügung stellen.

Integrierte Verfahrensweise bietet Vorteile

Alle, auch die im Rahmen eines Pilotprojekts gewonnenen Erfahrungen deuten auf eine Reihe von Vorteilen gegenüber der bisherigen Verfahrensweise hin. Die auskunftspflichtigen Gemeinden werden arbeitsmäßig entlastet. Außer der Bearbeitung der bestimmten ATKIS-Geometrien fallen keine weiteren Arbeiten an. Erstellen der Flächenumrißkarten, Planimetrieren und Berechnung der Flächen entfallen. Die Datengrundlage der Erhebung wird verbessert und vereinheitlicht. Alle beteiligten Gemeinden erhalten die entsprechend der tatsächlich vorhandenen Nutzung methodisch einheitlichen Zeichengrundlagen auf ATKIS-Basis. Eine von Fall zu Fall unterschiedliche Einbeziehung von externen Daten, z.B. aus dem Liegenschaftskataster, ist nicht

notwendig. Der Abgleich mit der tatsächlichen Gesamtkatasterfläche einer Gemeinde wird automatisch vorgenommen.

Die Erstellung von Flächenbilanzen wird effektiver. Ähnlich wie das Projekt STABIS (Statistisches Informationssystem zur Bodennutzung) des Statistischen Bundesamtes hebt ATKIS auf flurstücksunabhängige Erhebungseinheiten mit homogener Bodennutzungsstruktur ab.

Dadurch kann schon von vornherein eine wesentlich effektivere Schnittstelle zu aus der Bauleitplanung auszuwertenden Daten gebildet werden. Die von ATKIS vorgehaltenen Geometrien zur tatsächlichen Nutzung können relativ problemlos zur Flächenbildung herangezogen werden und nach Nutzungsarten der geplanten Nutzung verschlüsselt werden. Geplante, aber noch nicht realisierte Nutzungen werden schnell sichtbar. Entscheidende Vorteile ergeben sich dadurch für eine später mögliche Ist-Soll-Bilanz.

Über den Nachweis konkreter und geplanter Verschiebungen der Nutzungsarten lassen sich Nutzungskonkurrenzen aufzeigen. Insbesondere negative Auswirkungen von Siedlungsaktivitäten auf den ökologischen Wert von Naturräumen wie Zersiedelung, Zerschneidung, Verinselung, Versiegelung, stoffliche Belastung etc. können aufgezeigt und schon im Planungsstadium steuernd beeinflusst werden.

Die Daten werden nicht nur als gemeindeweise Flächendatenbank, sondern entsprechend ihrer tatsächlichen räumlichen Lage vorgehalten. Die Fortschreibung der geplanten Nutzung und das Aufstellen von Soll-Soll-Bilanzen wird vereinfacht. Damit erschließt sich eine Fülle weiterer Auswertungsmöglichkeiten, insbesondere für Anwender die über die graphische Datenverarbeitung erweiterten Zugang zu den Datenbeständen haben. Als vom Prinzip her offenes System für die Flächenerhebung läßt sich analog dazu auch eine Übertragung auf weitere flächennutzungsrelevante Daten (z. B. Verknüpfung mit Umweltinformationen) organisieren.

Ergebnisorientierte Sichtweise erweitert die praktische Nutzung der Flächendaten

Die verfahrenstechnischen Änderungen zielen in erster Linie auf eine Verbesserung der Aussagekraft für den potentiellen Anwender ab. Ein in der räumlichen Planung nicht zuletzt auch seitens der auskunftspflichtigen Gemeinden nutzbares konkretes Analyseinstrument erhöht die Akzeptanz der statistischen Erhebung und verbessert die Kosten-Nutzen-Relation. Das integrierte, arbeitsteilige Konzept mit betontem Rückgriff auf ein vorhandenes bzw. im Aufbau befindliches System wie ATKIS bedeutet eine verbesserte Erhebung der geplanten Nutzung und ist kostengünstig. Mittel- und langfristig gibt es dazu nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern vor allem auch unter dem Diktat der endlichen Bodenflächen keine Alternative.

Dipl.-Ing. (FH) Gerd Kramer

Dipl.-Ing. Otto von Lom, Landesvermessungsamt
Rheinland-Pfalz

Betriebsregister Landwirtschaft

Eine Dialoganwendung auf dem Großrechner

Die Führung eines einheitlichen Betriebsregisters ist den statistischen Landesämtern in § 97 des Agrarstatistikgesetzes zugewiesen. Danach dient die Datei der Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Agrarfachstatistiken. Im einzelnen ermöglichen die gespeicherten Daten die Feststellung und den Nachweis der Erhebungseinheiten, die Ziehung von Stichproben für die repräsentativen Erhebungen, die Aufstellung von Rotationsplänen, eine Begrenzung der Belastung der Befragten, den Versand der Erhebungsunterlagen, eine Eingangskontrolle und Rückfragen bei den Berichtspflichtigen, Erhebungen im Fortschreibeverfahren, eine Überprüfung der Ergebnisse und Hochrechnungen bei Stichproben.

Einführung eines Dialogverfahrens

Eine einheitliche DV-technische Lösung zur Unterstützung der Fachabteilung bei der Fortschreibung des Registers am Arbeitsplatz gibt es nicht. Der statistische Programmierverbund unterhält lediglich ein Stapelverarbeitungsverfahren für die Plausibilitätsprüfungen. Die damit als fehlerhaft erkannten Datensätze mußten von den Sachbearbeitern ursprünglich über Erfassungsbelege handschriftlich neu eingegeben und dann zur zentralen Erfassung an das Rechenzentrum weitergeleitet werden. Ergab die anschließende Plausibilitätsprüfung erneut Fehler, mußte die Prozedur so lange wiederholt werden, bis der Datenbestand in Ordnung war. Wegen der überlastungsbedingten Wartezeiten in Datenerfassung und Arbeitsvorbereitung hatte dies häufig zur Folge, daß das Register nicht zeitnah fortgeschrieben werden konnte.

Da eine PC-Lösung wegen des Datenumfangs aus-schied, wurde das folgende Dialogverfahren „BRL“ auf den Host übernommen. Seit dessen Einführung Mitte 1990 ist die Fachabteilung in der Lage, das Betriebsregister via Bildschirm selbständig zu pflegen. Sie kann jetzt im Echtzeitbetrieb Datensätze neu erfassen, ändern, auf Plausibilität prüfen und löschen. Zugleich hat sie damit mehr Verantwortung für die termingerechte Führung der Datei übernommen.

Im Rechenzentrum hilft „BRL“, Datenerfassung und Arbeitsvorbereitung zu entlasten. Diese Stellen müssen nur noch in Anspruch genommen werden, wenn Massenkorrekturen mit dem bundeseinheitlichen Batchprogramm anstehen.

DV-technische Grundlagen

Das Dialogverfahren umfaßt je neun Programme und Bildschirmmasken. Außerdem gibt es noch eine Reihe

von Stapelverarbeitungsprogrammen, die der zuständige Betreuer in der Abteilung ADV für das Laden und Entladen der Datenbanken benötigt.

Programmiersprache ist durchgängig COBOL II, ANS '85'. Die Erstellung der Programme und Masken erfolgte mit Hilfe des Software-Entwicklungstools DELTA¹⁾. Ablauffähig ist die Anwendung unter dem Betriebssystem MVS auf dem Datenbanksystem IMS²-DB mit dem Monitor IMS-DC. Physisch sind die Datenbanken als Root-only-Files mit der Zugriffsmethode HIDAM angelegt. Da auch mit zwei Sekundärindizes zugegriffen werden kann, mußten insgesamt zwölf dieser HIDAM-DB's eingerichtet werden.

Logische Datenbankstruktur

Logisch gehören zu „BRL“ drei Datenbestände:

- **Aktuelles Betriebsregister**
Pro landwirtschaftlichem Betrieb wird ein 728stelliger Satz mit den aktuellen Adress- und Statistikdaten gespeichert.
- **Historie Betriebsregister**
Hier kann der dem aktuellen Register vorhergehende Datenbestand archiviert werden.
- **Benutzerstammdatei**
Diese beinhaltet die Kennsätze der für das Verfahren zugelassenen Anwender. Jeder Satz besteht aus den Identifizierungsmerkmalen Benutzerkennung (User) und Paßwort sowie zwei funktionsbezogenen Berechtigungskennzeichen. Über letztere ist festzu-legen, ob der Anwender nur die fachlichen Funktionen nutzen darf oder darüber hinaus auch Zugriff auf die Anwenderstammdatei hat.

Funktionsumfang

Entsprechend dieser logischen Datenbankstruktur ist das Funktionsspektrum des Verfahrens gegliedert.

FUNKTIONSAUSWAHL BRL		
DATUM: 01.03.93		ZEIT: 10:59
A	PF1	SUCHEN BRL
B	PF2	ANZEIGEN BRL
C	PF3	ANZEIGEN/ÄNDERN BRL
D	PF4	SUCHEN BRL-HISTORIE
E	PF5	ANZEIGEN BRL-HISTORIE
F	PF6	ANZEIGEN/LÖSCHEN BRL-HISTORIE
G	PF10	SUCHEN ZUGRIFFS-BERECHTIGUNG
H	PF11	ANZEIGEN/ÄNDERN ZUGRIFFS-B.
S	PF9	ENDE DES DIALOGS

AUSWAHL: _

FUNKTION EINGEBEN... ...ODER VERLASSEN

1) Vgl. Pammer, Karl: Rechnergestützte Werkzeuge zur rationellen Programmentwicklung, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 11/1984, S. 262 ff; derselbe, Einsatz des Tools DELTA, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 12/1986, S. 278 ff.

Die fachlichen Funktionen zur Pflege des Betriebsregisters (Menupunkte A, B, C) und seiner Historie (Menupunkte D, E, F) sind nahezu identisch. Sie beinhalten jeweils ein

– Such(Browse-)programm

Wenn die für den gezielten Aufruf eines Satzes erforderliche Betriebsnummer nicht bekannt ist, dann kann anhand von Sekundärschlüsseln eine auf wenige signifikante Datenfelder begrenzte Vorauswahl getroffen werden.

– Anzeige(Reference-)programm

Damit läßt sich ein Datensatz informativ auf dem Bildschirm anzeigen.

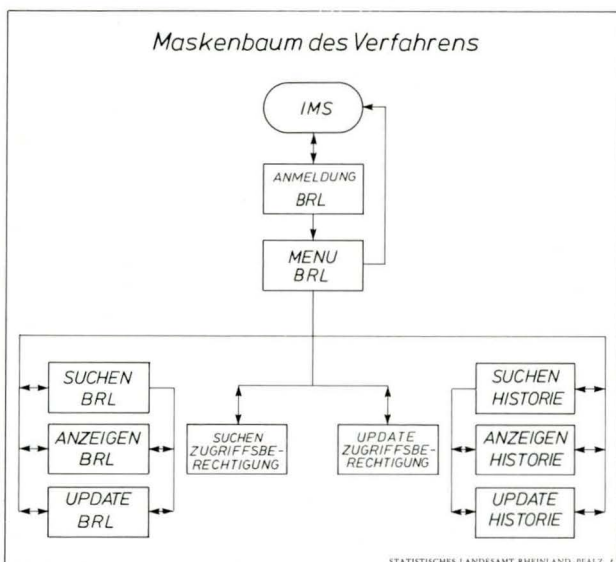
– Änderungs(Update-)programm

Dieses bietet Funktionen zur Neuerfassung, Änderung und Löschung von Sätzen des Betriebsregisters. Für die Historie hingegen ist nur „löschen“ zugelassen. Das Speichern von Archivsätzen wird über das Updateprogramm des aktuellen Registers gesteuert.

Die Systemadministratorfunktionen zur Verwaltung der Benutzerstammdatei (Menupunkte G, H) sind bis auf den Umstand, daß hier ein reines Anzeigeprogramm nicht erforderlich ist, dieselben wie für das aktuelle Betriebsregister.

Aufruf der Funktionen

Nach erfolgreicher Anmeldung gelangt man in das Menu. Hier kann der Sachbearbeiter alle Funktionen, mit denen er zu arbeiten berechtigt ist, aufrufen. Umgekehrt kann dann auch wieder direkt zurückgesprungen werden.



Des weiteren besteht die Möglichkeit, von den Suchprogrammen aus in das Anzeige- oder Updateprogramm des jeweiligen Funktionsblocks zu verzweigen. Der Rückweg zum Menu muß dann ebenfalls über die Browseprogramme erfolgen. Verlassen werden kann das Verfahren vom Menu oder der Anmeldemaske aus.

Alle Funktionen des Menus können alternativ mit der angegebenen Funktions(PF-)taste oder dem entsprechenden Kennbuchstaben angesprochen werden.

Aufbau der Masken

Die Masken des Verfahrens sind in vier Abschnitte untergliedert:

– Kopfteil

Er beinhaltet den Namen der Dialogfunktion sowie das aktuelle Tagesdatum und die Uhrzeit, zu der das Programm vom Sachbearbeiter gestartet worden ist.

– Datenteil

Hier werden die Eingabedaten erfaßt bzw. die aus den Datenbanken abgerufenen Sätze angezeigt. Groß-/Kleinschreibung ist kein Zwang. Alle Eingaben werden verfahrensseitig in Großbuchstaben umgesetzt.

– Funktionsteil

Dieser enthält die für die Steuerung des Programms zugelassenen PF-Tasten bzw. alternativ verwendbaren Funktionscodes

– Nachrichtenteil

Er dient der Kommunikation des Verfahrens mit dem Benutzer in Zeile 24 des Bildschirms. Die linke Zeilenhälfte gibt Informationen zum Arbeitsstand des Programms und Hinweise auf Plausibilitäts- bzw. Bedienungsfehler. Rechts werden Vorschläge gemacht, was zu tun ist, um den Dialog in Abhängigkeit von der links gezeigten Statusmeldung erfolgreich fortzusetzen.

Benutzerführung durch Farben

Programmseitig wird eine farbliche Darstellung des Maskenlayouts unterstützt. Die Systematik der Farben dient als optischer Leitfaden für die Steuerung des Verfahrens am Bildschirm. Der Anwender kann damit die Konstanten und Variablen der Masken unterscheiden und insbesondere erkennen, welche Felder gerade für eine Eingabe zugelassen bzw. gesperrt sind.

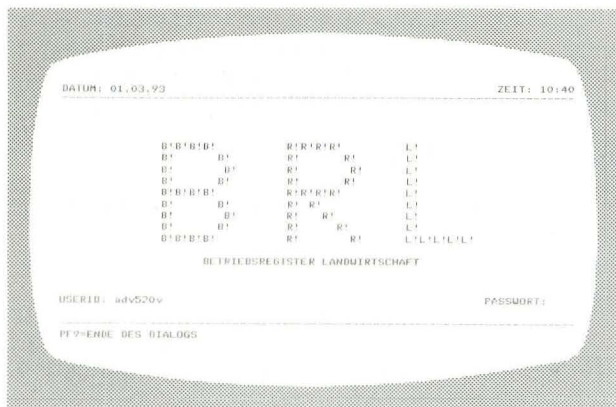
Die Farbe der Überschriften, Feldnamen und Trennlinien ist neutral definiert, so daß der Anwender sie über die Einstellmöglichkeiten seines Bildschirmgeräts selbst bestimmen kann. Für Daten und Nachrichten sind die Farben grün, blau und rot in Abhängigkeit vom jeweiligen Verarbeitungsschritt des Programms vorgegeben. Sie bedeuten:

- Grün: Feld nicht gesperrt, Eingabe kann erfolgen
- Blau: Feld gesperrt, Beschreiben nicht möglich
- Rot: Fehlerhafte Eingabe, Plausibilitätsfehler

Dieser Farbeffekt wird durch das temporäre Abdunkeln gerade nicht gebrauchter Bildschirmabschnitte ergänzt.

Anmeldung

Nach Einstieg in das Datenbankverwaltungssystem IMS wird das Dialogverfahren durch Eingabe des



Transaktionsnamens BRL aufgerufen. Es erscheint die Anmeldemaske.

Hier muß der Anwender eine Benutzerkennung und (verdeckt) Paßwort eingeben. Stimmen diese Angaben nicht mit einem der in der Anwenderstammdatei hinterlegten Kennsätze überein, wird eine Fehlermeldung ausgegeben und der Cursor bleibt auf dem betreffenden Feld stehen. Wird mehr als dreimal hintereinander versucht, eine falsche UserId und/oder ein ungültiges Paßwort einzugeben, bricht die Anmeldeprozedur ab und verzweigt zurück zum IMS. Aus dieser Fehlerkonstellation kann sich der Anwender dann nur noch mit Hilfe des Verfahrensbetreibers in der ADV befreien. Bei korrekter Anmeldung hingegen gelangt man zu dem bereits oben skizzierten Menu des Dialogverfahrens.

Menu

Aus dem Menu können die sechs fachlichen und zwei Systemadministratorfunktionen aufgerufen werden.

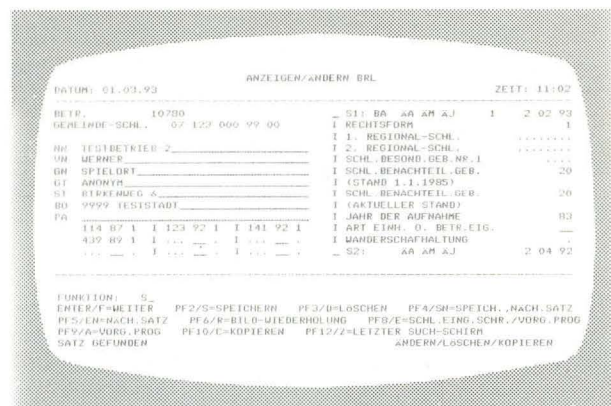
Die Berechtigung zur Bearbeitung des aktuellen Betriebsregisters und der Historie kann durch das Steuerungskennzeichen „Zugriffsberechtigung-Anwender“ im Identsatz des Benutzers so differenziert werden, daß beide Datenbanken entweder nur gelesen oder zusätzlich auch geändert werden dürfen. Im ersten Fall kann nur mit den Such- und Anzeigeprogrammen unter Menüpunkt A, B, D, E gearbeitet werden, ansonsten auch mit den Änderungsfunktionen unter C und F. Der Versuch, unberechtigt eines dieser Updateprogramme zu benutzen, wird mit entsprechender Fehlermeldung abgewiesen.

Um Zugang zur Benutzerdatenbank des Verfahrens zu haben, muß zusätzlich das Kennzeichen „Zugriffsberechtigung-Administrator“ auf „ja“ gesetzt sein. Dann kann sowohl das Such- als auch das Updateprogramm gemäß Punkt G bzw. H im Menu angewendet werden. Diese Legitimation als Systemadministrator schließt die Berechtigung zum Lesen des Betriebsregisters und der Historie ein.

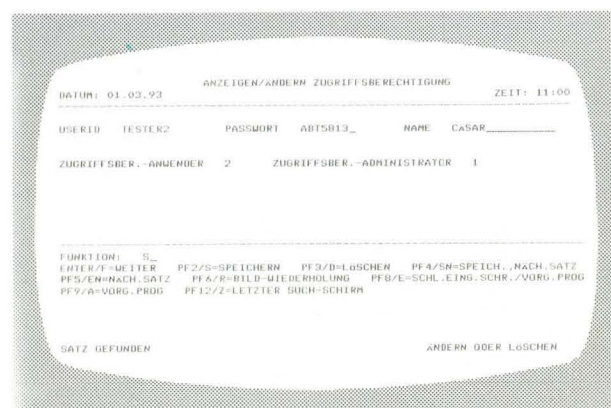
Updateprogramme

Mit den Updatefunktionen können Datensätze neu erfaßt, geändert, auf Plausibilität geprüft und gelöscht

werden. Wie bei den im Layout identischen Referenceprogrammen erfolgt auch hier der Zugriff auf Register und Historie an Hand der Betriebsnummer. Primärschlüssel für die Benutzerstammdatei ist die UserId. Wenn ein Satz gefunden ist, kann alternativ auch sequentiell weitergesucht werden.



Für das aktuelle Register wird eine Kopierfunktion angeboten, mit der sich aus einem bereits gespeicherten Satz ein neuer erzeugen läßt. Der Zeitaufwand für das Erfassen nahezu identischer Sätze kann auf diese Weise erheblich reduziert werden. Schließlich verbirgt sich unter Menüpunkt C noch die Möglichkeit zur Übernahme von Sätzen aus dem Register in die Historie. Das Updateprogramm für letztgenannte Datenbank (Menüpunkt F) kommt deshalb mit der Löschfunktion aus. Um irrtümliches Speichern, Löschen oder Kopieren möglichst zu verhindern, muß der Anwender diese Anforderungen vor endgültiger Ausführung nochmals quittieren. Nicht plausible Eingabesätze werden unter Positionierung des Cursors auf dem ersten beanstandeten Feld und Ausgabe einer Fehlermeldung zurückgewiesen.



Kennt der Anwender den zur gezielten Suche eines Satzes erforderlichen Primärschlüssel nicht, muß er vom Menu aus zunächst in das für die Datenbank zuständige Suchprogramm verzweigen.

Suchprogramme

Der gesuchte Datensatz kann mit Hilfe von Sekundärschlüsseln „eingekreist“ werden. Es wird

dann eine Auswahl in Frage kommender Sätze mit den wichtigsten Erkennungsmerkmalen angezeigt. Ist der richtige darunter, genügt es, die Zeilennummer einzutippen, damit das Suchprogramm zur Bereitstellung des vollständigen Bildschirmsatzformats je nach Berechtigung des Anwenders entweder in das logisch zugehörige Anzeige- oder Updateprogramm verzweigt.

DATUM: 01.03.93

SUCHEN BRL

ZEIT: 11:01

FAMILIEN-NAMEN: TELLS RIEB

GEMEINDE: SPIELORT

FAMILIEN-NAMEN	VORNAME	STRASSE	GEMISCHT	BTNR
1 TESTBETRIEB-1	ROLF	SPIELSTRASSE 9	071230009900	10774
2 TESTBETRIEB-2	WERNER	BIRKENWEG 6	071230009900	10780
3 TESTBETRIEB-4	GEORG	ADENAUER-ALLEE 17	071230009900	10793
4 TESTBETRIEB-5	EGON	TESTWEG 11	071230009900	12346

AUSWAHL: -

FUNKTION: F-

AKTUELLE SEITE: 1

NACHSTE SEITE: 1

GELESENE SEITEN: 1

ENTER/F=WEITER PF1/B=RÜCKW PF2/FP=ERSTE SEITE PF3/LP=LETZTE SEITE

PF8/E=SCHL.EING.SCHR./VORG.PROG PF9/A=VORG.PROG

ENDE DES SUCHBEGRIFFS ERREICHT

FUNKTION/AUSWAHL EINGEBEN

Die Sekundärschlüssel müssen dem Sachbearbeiter nicht in vollständiger Länge bekannt sein. Um die Suchfunktion zu aktivieren, genügt vielmehr schon ein Kürzel (Matchcode-Prinzip), notfalls sogar das Fragezeichen. Je weniger genau allerdings ein solcher Hilfsschlüssel den gesuchten Satz beschreibt, um so umfangreicher wird die visuell zu prüfende Vorauswahl. Über das Fragezeichen läßt sich die gesamte Datenbank anzeigen.

Auf diese Weise kann im aktuellen Register und der Historie mit dem vollständigen oder fragmentarischen Familiennamen des Auskunftspflichtigen gesucht werden oder/und mit der kompletten oder teilweisen Gemeindebezeichnung des Betriebssitzes.

Das Suchprogramm für die Benutzerstammdatei kann entsprechend mit dem Familiennamen des

DATUM: 01.03.93

SUCHEN ZUGRIFFSBERECHTIGUNG

ZEIT: 11:03

	NAMEN	PASSWORT	USERID	ZUGRIFFSBERECHTIGUNG	
				ANWEND.	ADMIN.
1	CADAR	ABTS013	TESTER2	2	1
2	CASTOR	BRL	TESTER3	1	1
3	COLOMB	ADP4711	TESTER1	2	2

AUSWAHL: -

FUNKTION: F-

AKTUELLE SEITE: 1

NACHSTE SEITE: 1

GELESENE SEITEN: 1

ENTER/F=WEITER PF1/B=RÜCKW PF2/FP=ERSTE SEITE PF3/LP=LETZTE SEITE

PF8/E=SCHL.EING.SCHR./VORG.PROG PF9/A=VORG.PROG

ENDE DES SUCHBEGRIFFS ERREICHT

AUSWAHL/FUNKTION EINGEBEN

Anwenders oder dessen Paßwort arbeiten. Auch hier läßt sich mit dem Fragezeichen notfalls der gesamte Datenbestand anzeigen.

Beim Rücksprung von den Anzeige- bzw. Updatefunktionen in die Suchprogramme kann der Sachbearbeiter wählen, ob der Ausgangsbildschirm wieder bereit gestellt werden soll oder die leere Maske zur Eingabe eines neuen Suchbegriffs.

Akzeptanz des Verfahrens

Die Akzeptanz des Verfahrens durch die Fachabteilung ist hoch. Dies liegt zum einen daran, daß die in das Projekt gesetzten Erwartungen hinsichtlich einer größeren Selbständigkeit, Eigenverantwortung und Aktualität bei der Führung des Betriebsregisters erfüllt worden sind. Zum anderen waren die Sachbearbeiter von Anfang an aktiv in die konzeptionelle Entwicklungsarbeit eingebunden. Ihre Identifikation mit dem Verfahren stand dadurch nie in Frage.

Hans-Peter Mast, Diplom-Kaufmann

Rechtskräftige Aburteilungen 1991

Das Kriminalitätsgeschehen spiegelt sich in zwei Statistiken wider. Zum einen ist dies die Polizeiliche Kriminalstatistik, zum anderen die Strafverfolgungsstatistik. Beide Erhebungen unterscheiden sich grundsätzlich in den methodischen Ansätzen und vermitteln zusammen umfassende Erkenntnisse über die Entwicklung der Kriminalität. In der Polizeilichen Kriminalstatistik werden alle den Polizeidienststellen gemeldeten Strafanzeigen – mit Ausnahme der Straßenverkehrs- und Staatsschutzdelikte – erfaßt. In der Strafverfolgungsstatistik hingegen werden die von den Strafgerichten abgeurteilten Personen, unabhängig von der Anzahl der dem Verfahren zugrundeliegenden Straftaten, nachgewiesen.

Die Strafverfolgungsstatistik ist eine koordinierte Ländersstatistik mit einem bundeseinheitlichen Erhebungsmodus. Sie zählt zu den ältesten Rechtspflegestatistiken und wurde als Reichsstatistik bereits 1882 eingeführt.

Ergebnisse für Rheinland-Pfalz liegen seit 1947 vor. Sie basieren auf den Meldungen der Strafvollstreckungsbehörden (Staatsanwaltschaften und Amtsgerichte) an das Statistische Landesamt. Erfaßt werden alle abgeurteilten Personen, die sich wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach dem Strafgesetzbuch, nach anderen Bundesgesetzen oder Vergehen nach rheinland-pfälzischen Landesgesetzen verantworten mußten. Ordnungswidrigkeiten, auch wenn sie von den Strafgerichten geahndet werden, fließen nicht in die Statistik ein.

Von 100 Angeklagten wurden 84 verurteilt

Abgeurteilte sind Angeklagte, gegen die ein Strafverfahren nach Eröffnung des Hauptverfahrens durch Urteil, Strafbefehl oder Einstellungsbeschluß rechtskräftig abgeschlossen worden ist. Im Jahr 1991 wur-

den von den rheinland-pfälzischen Gerichten 47 050 Personen abgeurteilt; das sind 1 % weniger als im Vorjahr (47 518). Vor zehn Jahren wurden noch knapp 55 000 Aburteilungen gemeldet. Seit 1984 ist ein rückläufiger Trend zu beobachten, wobei im Berichtsjahr der bisher niedrigste Stand seit 1976 verzeichnet wurde. Die Zahl der Aburteilungen setzt sich zusammen aus Verurteilungen, Einstellungen, Freisprüchen und sonstigen Entscheidungen. 1991 wurden 84 % der Angeklagten verurteilt, jedes achte Verfahren endete mit Einstellung. In 1 404 Fällen (3 %) erkannten die Richter auf Freispruch, in 137 Fällen wurde eine sonstige Entscheidung getroffen. Die Anteilswerte veränderten sich in den letzten zehn Jahren nur geringfügig. 1984 wurde mit fast 85 % der höchste Verurteiltenanteil registriert, dagegen wurden weniger Verfahren mit Einstellung beendet als in den anderen Berichtsjahren.

Deutlich weniger verurteilte Jugendliche und Heranwachsende

Das Strafrecht unterscheidet Jugendliche, Heranwachsende und Erwachsene. Ausschlaggebend für die Zuordnung ist das jeweilige Alter zur Zeit der Tat. Zu den Jugendlichen zählen solche Straftäter, die zu diesem Zeitpunkt mindestens 14 aber noch keine 18 Jahre alt waren. Ihre Aburteilung erfolgt ausschließlich nach Jugendstrafrecht. Heranwachsende sind zwischen 18 und 20 Jahre alt. Sie können entweder nach allgemeinem oder Jugendstrafrecht abgeurteilt werden. Welche Vorschriften herangezogen werden, entscheidet der Richter nach Gesamtwürdigung der Persönlichkeit des Täters. Ergibt sich, daß dieser zur Zeit der Tat nach seiner Entwicklung noch einem Jugendlichen gleichstand, sind die Vorschriften des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) anzuwenden. Andernfalls gilt das allgemeine Strafrecht. Erwachsene sind zur Tatzeit mindestens 21 Jahre alt. Sie werden ausschließlich nach allgemeinem Strafrecht abgeurteilt. Kinder unter 14 Jahren sind strafunmündig und können strafrechtlich nicht belangt werden.

Im Jahr 1991 wurden 39 614 Personen verurteilt. 86 % der Verfahren richteten sich gegen Erwachsene und 4 % gegen Jugendliche. Jeder zehnte Straftäter zählte

Rechtskräftige Aburteilungen 1982 bis 1991 nach Art der Entscheidung

Jahr	Insge- samt	davon						
		Verur- teilungen		Ein- stellungen		Frei- spruch		sonstige Entschei- dung
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
1982	54 700	45 452	83,1	7 418	13,6	1 797	3,3	33
1983	55 920	46 849	83,8	7 410	13,3	1 625	2,9	36
1984	54 428	45 350	83,3	7 492	13,8	1 566	2,9	20
1985	54 256	45 424	83,7	7 135	13,2	1 671	3,1	26
1986	50 847	42 898	84,4	6 352	12,5	1 571	3,1	26
1987	49 859	42 163	84,6	6 149	12,3	1 517	3,0	30
1988	49 859	41 718	83,7	6 429	12,9	1 670	3,3	42
1989	48 537	40 475	83,4	6 448	13,3	1 570	3,2	44
1990	47 518	39 847	83,9	6 254	13,2	1 361	2,9	56
1991	47 050	39 614	84,2	5 895	12,5	1 404	3,0	137

Rechtskräftig Verurteilte 1982 bis 1991 nach Altersgruppen und Geschlecht

Jahr	Insge- samt	männ- lich	weib- lich	Erwach- sene	Heran- wach- sende	Jugend- liche
Anzahl						
1982	45 452	38 800	6 652	32 205	7 181	6 066
1983	46 849	39 640	7 209	33 740	7 077	6 032
1984	45 350	38 065	7 285	33 377	6 600	5 373
1985	45 424	37 869	7 555	34 974	6 157	4 293
1986	42 898	35 795	7 103	33 472	5 838	3 418
1987	42 163	34 836	7 327	34 115	5 265	2 783
1988	41 718	34 618	7 100	34 516	4 969	2 233
1989	40 475	33 578	6 897	33 903	4 640	1 932
1990	39 847	32 773	7 074	33 986	4 099	1 762
1991	39 614	32 746	6 868	34 085	3 955	1 574
Je 100 000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe						
1982	1 479	2 677	410	1 229	3 668	2 362
1983	1 517	2 720	442	1 277	3 579	2 431
1984	1 461	2 596	445	1 251	3 322	2 255
1985	1 460	2 574	461	1 299	3 143	1 931
1986	1 378	2 428	434	1 239	3 091	1 644
1987	1 355	2 360	448	1 246	2 883	1 460
1988	1 344	2 349	435	1 251	2 873	1 289
1989	1 289	2 241	420	1 202	2 877	1 211
1990	1 257	2 162	428	1 185	2 696	1 172
1991	1 234	2 124	412	1 167	2 777	1 069

zu den Heranwachsenden. Die Entwicklung der Strafverfolgung in den letzten zehn Jahren verläuft in den Altersgruppen zum Teil gegensätzlich. Bei den Erwachsenen wurde 1985 mit fast 35 000 Verurteilungen der bisherige Höchststand erreicht. In den nachfolgenden Jahren verlief der Trend uneinheitlich. 1986 und 1989 wurden weniger Verurteilungen als im jeweiligen Vorjahr registriert. In den übrigen Jahren waren jedoch steigende Zahlen zu beobachten. Die Entwicklung bei den Heranwachsenden und Jugendlichen ist von einem eindeutig rückläufigen Trend gekennzeichnet. Im Jahre 1982 wurden mit 7 181 bzw. 6 066 Verurteilungen die höchsten Werte ermittelt. 1991 wurden noch knapp 4 000 Heranwachsende und 1 574 Jugendliche verurteilt. Das sind 45 bzw. 74 % weniger als zehn Jahre zuvor. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auf den Erfolg der „Diversionsstrategie“, die in Rheinland-Pfalz im September 1987 als erstem Bundesland landesweit eingeführt wurde, zurückzuführen. Diese Strategie hat zum Ziel, bei leichteren strafrechtlichen Verfehlungen von Jugendlichen und Heranwachsenden von einem förmlichen jugendrichterlichen Verfahren abzusehen und mögliche strafrechtliche Sanktionen durch erzieherische Maßnahmen zu ersetzen.

Die kriminellen Aktivitäten sind bei den Männern deutlich stärker ausgeprägt als bei den Frauen. Im Berichtsjahr waren 83 % der Verurteilten männlichen Geschlechts, während die Frauen einen Anteil von gut 17 % aufwiesen. Allerdings zeigt die Frauenkriminalität eine steigende Tendenz. 1982 lag ihr Anteil noch bei knapp 15 %. In den nachfolgenden Jahren stieg dieser mit wenigen Ausnahmen an und erreichte 1990 sogar fast 18 %.

Von 100 000 Personen wurden über 1 200 straffällig

Die absoluten Verurteilungszahlen werden maßgeblich von der Bevölkerungsentwicklung beeinflusst. Die rückläufigen Verfahren bei den Jugendlichen und Heranwachsenden müssen auch vor dem Hintergrund der geburtenschwachen Jahrgänge, die im Berichtszeitraum ins strafmündige Alter kamen, gesehen werden. Um diese demographischen Einflüsse zu berücksichtigen, werden Verurteilungsziffern errechnet. Hierbei wird die Zahl der Verurteilten in Relation zur entsprechenden Altersklasse der Bevölkerung gesetzt.

1991 kamen auf 100 000 strafmündige Einwohner in Rheinland-Pfalz 1 234 Verurteilungen. Das ist die niedrigste Ziffer seit mehr als zwanzig Jahren. Die höchste Rate mit 1 517 wurde bisher im Jahr 1983 registriert. Entscheidend für den kontinuierlichen Rückgang in den letzten Jahren ist in erster Linie die Entwicklung im Bereich der Heranwachsenden- und Jugendkriminalität. Die Verurteilungsziffer der Heranwachsenden hat sich gegenüber 1982 – dem bisherigen Höchststand mit 7 181 – um 24 % verringert. Im Berichtsjahr wurde aber erstmals seit zehn Jahren wieder ein leichter Anstieg registriert. 1990 kamen auf 100 000 Heranwachsende 2 696 Verurteilungen, 1991 errechnete sich eine Ziffer von 2 777. Trotzdem ist die Verurteilungsziffer dieser Gruppe immer noch mehr als doppelt so hoch wie bei den Jugendlichen und Erwachsenen.

Bei den Jugendlichen ist gegenüber dem Höchstwert des Jahres 1983 – mit einer Verurteilungsziffer von 2 431 – ein Rückgang von 56 % zu verzeichnen. 1991 kamen auf 100 000 Jugendliche 1 069 Verurteilungen. Gemessen an den Absolutzahlen ist die rückläufige Entwicklung zwar nicht ganz so hoch, doch auch die Verurteilungsziffern bestätigen diesen Trend eindeutig.

60 % der Straßenverkehrsdelikte sind auf Alkoholmißbrauch zurückzuführen

In der Strafverfolgungsstatistik wird jede Person, die in einem Strafverfahren abgeurteilt wurde, nachgewiesen. Liegen dieser Aburteilung mehrere strafbare Handlungen zugrunde, so wird nur das Delikt erfaßt, welches nach dem Gesetz mit der höchsten Strafe bedroht ist. Werden einem Angeklagten beispielsweise Raub und Einbruchdiebstahl zur Last gelegt, so wird in die Statistik nur das „schwerere Verbrechen“, der Raub, aufgenommen. Aus diesem Grund sind die „leichteren Vergehen“ nicht vollständig nachgewiesen.

Die strafbaren Handlungen lassen sich in zwei Gruppen einordnen. Zum einen sind dies die Straßenverkehrsdelikte, zum anderen die sogenannte klassische Kriminalität. 14 753 Verurteilungen des Jahres 1991 waren Straftaten im Straßenverkehr. Mit einem Anteil von 37 % aller Straftaten bilden sie die größte Gruppe. In den vorangegangenen neun Jahren hat sich ihr Anteil jedoch verringert. 1982 lag er noch bei fast 43 %. Eine bedeutende Rolle spielen dabei die Trunkenheitsde-

likte. Im Berichtsjahr wurden 8 871 alkoholbedingte Verkehrsdelikte nachgewiesen, das sind 6 % mehr als im Vorjahr. Ihr Anteil an den Straftaten im Straßenverkehr lag damit bei 60 %. 1982 war gut jede zweite Verkehrsstraftat in Trunkenheit begangen worden. Neun von zehn der erfaßten Trunkenheitsdelikte gingen 1991 dabei auf das Konto der erwachsenen Verurteilten. Nach Jugendstrafrecht wurden nur 137 Straftaten dieser Gruppe geahndet, weitere 634 Verfahren richteten sich gegen Heranwachsende, die wegen dieser Vergehen nach allgemeinem Strafrecht verurteilt wurden.

Jede dritte Verurteilung erfolgt aufgrund eines Vermögensdeliktes

In der klassischen Kriminalität überwiegen die Vermögensdelikte. Ein Drittel aller Straftaten entfiel 1991 auf Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Urkundenfälschung und das Erschleichen von Leistungen. Das sind knapp 2 % mehr als im Vorjahr. 1982 lag ihr Anteil bei 29 %. Gegenüber dem Vorjahr haben dabei die Verurteilungen wegen einfachen Diebstahls (+ 6 %) und Unterschlagungen (+ 10 %) zugenommen. Die Zahl der von den Strafvollstreckungsbehörden zu ahndenden Verfahren hängt auch maßgeblich von dem Aufklärungserfolg der Polizeidienststellen ab. 1991 wurden 114 025 Diebstähle angezeigt. Von diesen konnten knapp 32 % aufgeklärt werden. Bei einer höheren Aufklärungsquote – im Durchschnitt aller bekanntgewordenen Straftaten liegt sie um 50 % – würden die Verurteilungen wegen Diebstahls einen noch höheren Stellenwert einnehmen. Im Bereich der Fälschungs- und übrigen Vermögensdelikte lag die Aufklärungsquote bei 88 %.

Neben den vorgenannten Straftaten weisen noch die Verstöße gegen andere Bundesgesetze eine Zuwachsrate auf. 1991 wurden fast 5 000 Personen wegen solcher Straftaten verurteilt, das sind knapp 3 % mehr als im Vorjahr. Mit einem Anteil von 33 % waren dabei die Rauschgiftdelikte zahlenmäßig am stärksten vertreten. Im Berichtsjahr waren 1 663 Personen – darunter 377 Jugendliche und Heranwachsende – wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt worden. Das sind 12 % mehr als im Vorjahr. Gegenüber 1982 ist die Zahl der Verurteilungen sogar um 77 % gestiegen.

Deutlich zurückgegangen sind dagegen die Verurteilungen wegen solcher Delikte, die eine besonders kriminelle Energie voraussetzen. Die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung haben gegenüber dem Vorjahr um fast 20 % abgenommen. Wegen Raubs, Erpressung und räuberischen Angriffs auf Kraftfahrer wurden 12 %, wegen des Delikts der Körperverletzung – ohne die fahrlässige Körperverletzung im Straßenverkehr – fast 10 % Straftäter weniger verurteilt. Diese erfreulich erscheinende Entwicklung wird jedoch nicht durch die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik gestützt. So wurden dort in den vergangenen Jahren durchweg steigende Zahlen gemeldet.

Verurteilungen 1982, 1990 und 1991 nach Hauptdeliktgruppen

Strafbare Handlung (§ des Strafgesetzbuches)	1982		1990		1991		
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Veränderung zum Vorjahr in %
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amt §§ 80 - 168, 331 - 358 ohne 142	1 321	2,9	1 194	2,7	1 077	2,7	- 9,8
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung §§ 174 - 184 c	340	0,7	353	0,9	283	0,7	- 19,8
Andere Straftaten gegen die Person, außer im Straßenverkehr §§ 169 - 173, 185 - 241 a	4 026	8,9	3 788	9,5	3 480	8,8	- 8,1
Straftaten gegen das Leben §§ 211 - 222	82	0,2	52	0,1	52	0,1	-
Körperverletzung §§ 223 - 233	2 185	4,8	2 081	5,2	1 883	4,8	- 9,5
Diebstahl und Unterschlagung §§ 242 - 248 c	9 560	21,0	8 056	20,2	8 323	21,0	+ 3,3
einfacher Diebstahl § 242	6 591	14,5	6 114	15,3	6 469	16,3	+ 5,8
Unterschlagung § 246	346	0,8	375	0,9	414	1,0	+ 10,4
Raub, Erpressung, räub. Angriff auf Kraftfahrer §§ 249 - 256, 316 a	366	0,8	267	0,7	235	0,6	- 12,0
Andere Vermögensdelikte §§ 257 - 305 a	4 909	10,8	6 055	15,2	5 928	15,0	- 2,1
Betrug § 263	2 397	5,3	3 740	9,4	3 619	9,1	- 3,2
Urkundenfälschung § 267	941	2,1	800	2,0	822	2,1	+ 2,8
Gemeingefährliche Straftaten außer im Straßenverkehr §§ 306 - 330 d	437	1,0	568	1,4	540	1,4	- 4,9
Straftaten im Straßenverkehr §§ 142, 222, 230, 315 b - 315 c, 316, 323 a, StVG	19 419	42,7	14 696	36,9	14 753	37,2	+ 0,4
in Trunkenheit	10 095	22,2	8 354	21,0	8 871	22,4	+ 6,2
Straftaten nach anderen Bundesgesetzen	5 074	11,2	4 870	12,2	4 995	12,6	+ 2,6
Betäubungsmittelgesetz	941	2,0	1 484	3,7	1 663	4,2	+ 12,1
Insgesamt	45 452	100	39 847	100	39 614	100	- 0,6

Jeder zwölfte Straftäter wurde zu einer Freiheitsstrafe verurteilt

Das Strafrecht bietet zur Ahndung von Straftaten verschiedene Sanktionsformen. Erfolgt eine Verurteilung nach allgemeinem Strafrecht, so kann das Gericht entweder auf Geldstrafe erkennen oder eine Freiheitsstrafe verhängen. 1991 wurden 36 522 Personen – darunter 2 437 Heranwachsende – nach allgemeinem Strafrecht verurteilt. Die rechtskräftigen Entscheidungen lauteten in 30 158 Fällen (83 %) auf Geldstrafe. 6 329 Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafe verurteilt. Fast drei Viertel der Fälle mit Freiheitsentzug wurden zur Bewährung ausgesetzt.

Das Jugendstrafrecht kennt neben der Jugendstrafe noch die Zuchtmittel und Erziehungsmaßregeln. Die beiden letztgenannten haben nicht die Rechtswirkung einer Strafe und führen deshalb auch nicht zu einer Eintragung in das Strafregister. 1991 wurden 3 092 Ju-

gendliche und Heranwachsende nach Jugendstrafrecht verurteilt. In 681 Fällen erfolgte eine Verurteilung zu Jugendstrafe, wobei 73 % zur Bewährung ausgesetzt wurden. In der Mehrzahl der Jugendstrafverfahren wurden als schwerste Strafe Zuchtmittel verhängt (2 378). Der Jugendrichter kann in diesen Fällen den Straftäter entweder verwarnen (§ 14 JGG), ihm Auflagen erteilen (§ 15 JGG) oder Jugendarrest verhängen (§ 16 JGG). Es besteht dabei auch die Möglichkeit, mehrere Sanktionsformen nebeneinander anzuordnen. Aus diesem Grund ist die Zahl der verhängten Maßnahmen deutlich höher als die Zahl der Verurteilten. 1991 ordneten die Jugendgerichte in 293 Fällen Jugendarrest an, 991 Straffällige hatten einen Geldbetrag zu zahlen und 766 mußten durch die Erbringung von Arbeitsleistungen ihre Straftat büßen. In weiteren 81 Fällen hatten sie ihre Schuld durch Wiedergutmachung abzugelten. Außerdem sprachen die Jugendrichter 1 906 Verwarnungen aus. Erziehungsmaßregeln wurden in 588 Fällen angeordnet.

Charlotte Schmidt

Das Baugewerbe 1990 bis 1992

Steigende Beschäftigtenzahlen bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten

Seit Jahren kann die Arbeitskräftenachfrage im Bauhauptgewerbe nicht allein von deutschen Arbeitnehmern gedeckt werden. Die auflebende Baukonjunktur schuf neue Arbeitsplätze, für die zunehmend ausländische Bürger eingestellt wurden.

Im früheren Bundesgebiet wurden in den Jahren 1991 und 1992 zusätzlich 14 100 ausländische Arbeitnehmer beschäftigt. Gleichzeitig wuchs die Zahl der deutschen Arbeitnehmer um fast 29 000 Personen. Jede dritte neue Arbeitsstelle im Bauhauptgewerbe wurde also mit einem ausländischen Mitarbeiter besetzt.

In Rheinland-Pfalz stieg 1992 die Gesamtzahl der Beschäftigten auf 61 356. Der Anteil der ausländischen Arbeitnehmer vergrößerte sich von 5,9 auf 7,1 %. Hierin spiegelt sich wider, daß die Arbeitsplätze im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe zunehmend mit ausländischen Mitarbeitern besetzt werden.

Beschäftigtenzahlen im Jahresverlauf auf höherem Niveau

Die Zahl der Beschäftigten bei allen Betrieben des Bauhauptgewerbes in Rheinland-Pfalz lag für die Monate April bis Dezember 1992 um rund 400 Personen über der des entsprechenden Zeitraumes im Vorjahr. Den höchsten Beschäftigtenstand zeigte 1992 der Monat September mit durchschnittlich 62 364 Personen. Traditionell nimmt die baugewerbliche Beschäftigung in den Sommermonaten zu. Dennoch fiel die größte Differenz in den Monat Dezember mit 765 Beschäftigten mehr als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Die geleisteten Arbeitsstunden entsprechen den zu erwartenden Zuwächsen in der Arbeitszeit. Die Zeiten liegen mit 1,6 Mill. Stunden über dem Vorjahresniveau.

Gute Chancen für Facharbeiter

Die größte Gruppe der Arbeitnehmer im Bauhauptgewerbe mit 20 und mehr Beschäftigten in Rheinland-Pfalz bildeten die Facharbeiter mit 30 284 Personen. Im früheren Bundesgebiet war der Anteil der Facharbeiter noch etwas größer. Dies ging zu Lasten der weniger qualifizierten Fachwerker und Werker. 16 490 Arbeitnehmer dieser Personengruppe bildeten den zweitstärksten Arbeitnehmeranteil im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe.

Der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtheit der Arbeitnehmer war mit 3,4 % in Rheinland-Pfalz geringer als im früheren Bundesgebiet (3,7 %). Aufgrund der durchschnittlich kleineren Betriebe lag der Anteil der tätigen Inhaber in Rheinland-Pfalz (4,9 %) etwas höher als im Bundesmittel.

Die kaufmännischen und technischen Angestellten erreichten in Rheinland-Pfalz einen Anteil von 15,6 %, verglichen mit 15,9 % im früheren Bundesgebiet.

Umsätze weiten sich aus

Während die Umsätze des Bauhauptgewerbes bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten in den alten Bundesländern ungebrochen überproportional anwuchsen, schwächte sich die Zunahme für Rheinland-Pfalz bis 1992 etwas ab. Von 1990 bis 1992 ist aber der Zuwachs insgesamt von 7,9 auf 9,7 Mrd. DM beträchtlich.

Der Wohnungsbau in Rheinland-Pfalz verhält sich ähnlich zu der Entwicklung im früheren Bundesgebiet.

Die staatliche und gewerbliche Nachfrage nach Bauleistungen beeinflußt die gute Gesamtentwicklung im Bund wesentlich. Vergleicht man die baugewerblichen Umsätze in Rheinland-Pfalz bei allen Betrieben des Bauhauptgewerbes, zeigt sich ebenfalls ein überproportionaler Anstieg.

Kleinere und mittlere Betriebe bieten besonders im Wohnungsbau ihre Leistungen an. Größere Betriebe bedienen, aufgrund ihrer Kapazitäten, eher gewerbliche und öffentliche Auftraggeber.

Trotz Konjunkturrückgang : Der Wohnungsbau ist die Hauptstütze im Bauhauptgewerbe

Die meisten Arbeitsstunden werden in Rheinland-Pfalz sowie im früheren Bundesgebiet im Wohnungsbau geleistet. 1992 sind es in Rheinland-Pfalz 32 Millionen.

Im gewerblichen und industriellen Bau wurden seit 1990 eine runde Million Arbeitsstunden weniger eingesetzt (1992 : 22 Mill. Std.).

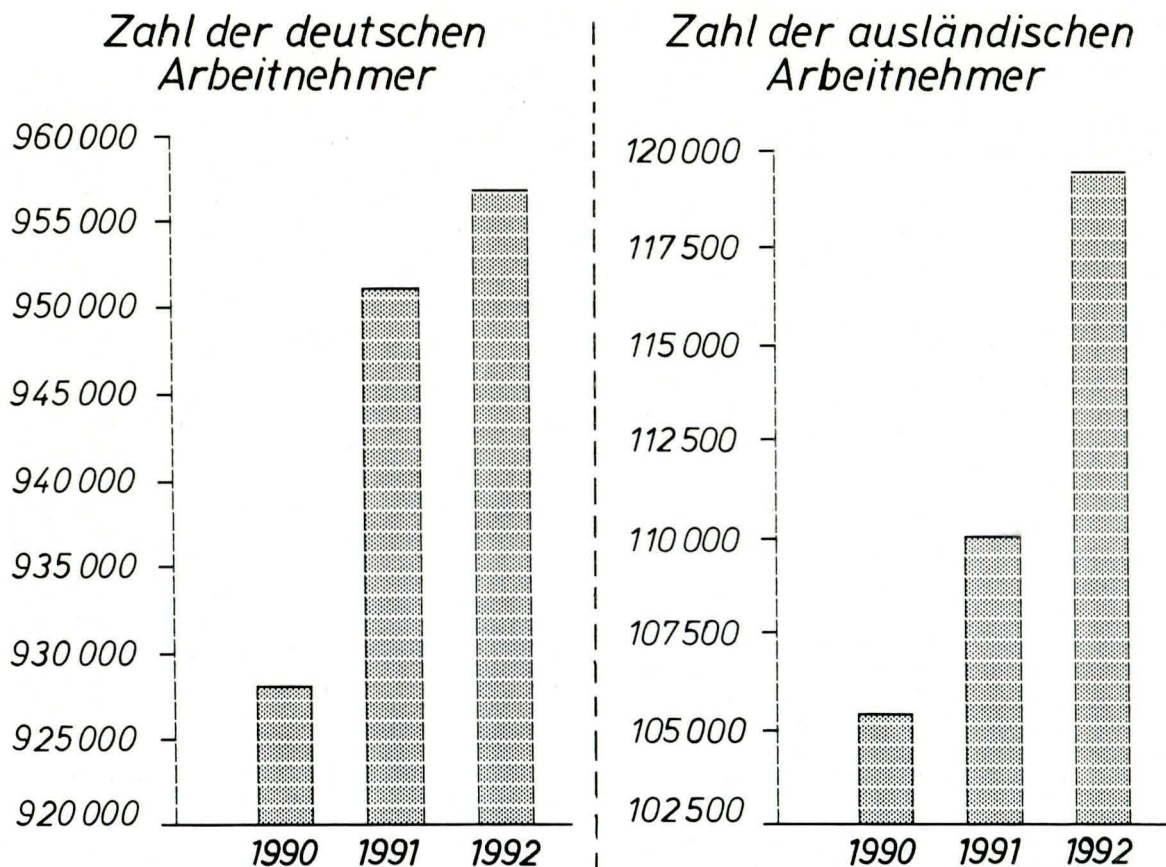
Der landwirtschaftliche Bau ist mit 204 000 Arbeitsstunden 1992 fast bedeutungslos geworden. Im Wohnungsbau des Bundesgebietes wurden gegenüber 1990 im Jahre 1992 rund 20 Mill. Stunden mehr geleistet. Auf den landwirtschaftlichen Bau entfallen 9 Mill. Stunden. Mit 418 Mill. Stunden im gewerblichen und industriellen Bau erreicht die Arbeitszeit fast die des Wohnungsbaues mit 522 Mill. Stunden.

Das Ausbaugewerbe spiegelt die bauhauptgewerbliche Entwicklung wieder

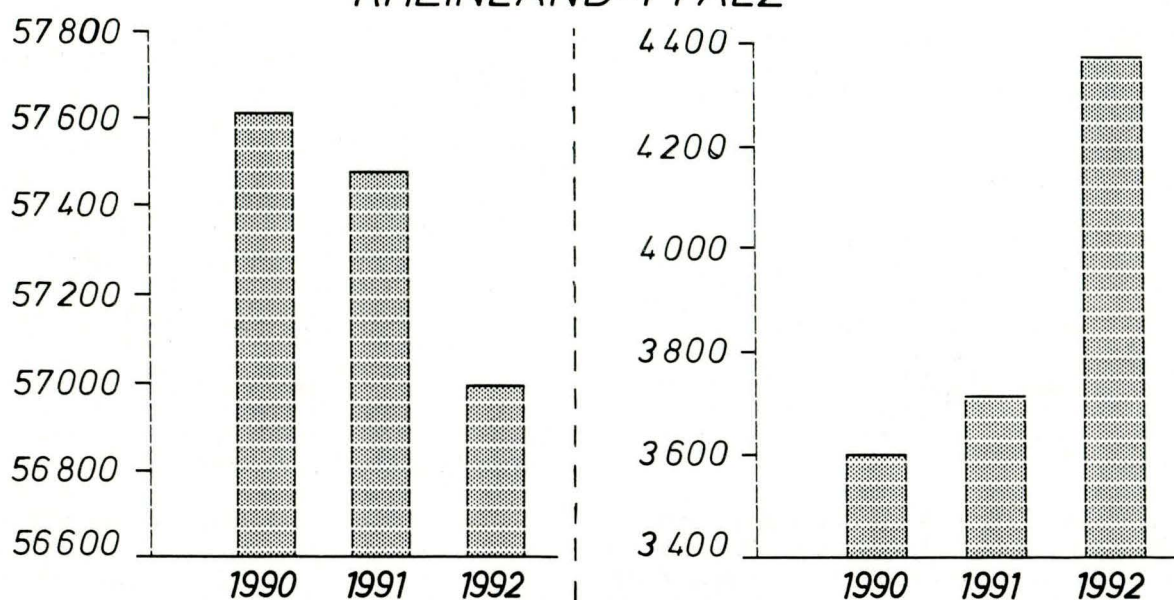
Im Monatsdurchschnitt 1992 wurden bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten des rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbes 369 Personen mehr beschäftigt als 1991. Das entspricht bei einem insgesamt niedrigeren Beschäftigungsniveau von 9 653 Personen einem Zuwachs von 4 %.

Arbeitnehmer 1990 bis 1992 im Bauhauptgewerbe

Früheres BUNDESgebiet



RHEINLAND-PFALZ



STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Ein gewisser Zeitversatz zu den Hauptbeschäftigungszeiten des Bauhauptgewerbes ist erkennbar. Die Höhepunkte der Beschäftigung liegen in den Monaten März und April sowie August bis November. Das Ausbaugewerbe zeigt insgesamt eine höhere Stetigkeit als das stärker saisonabhängige Bauhauptgewerbe.

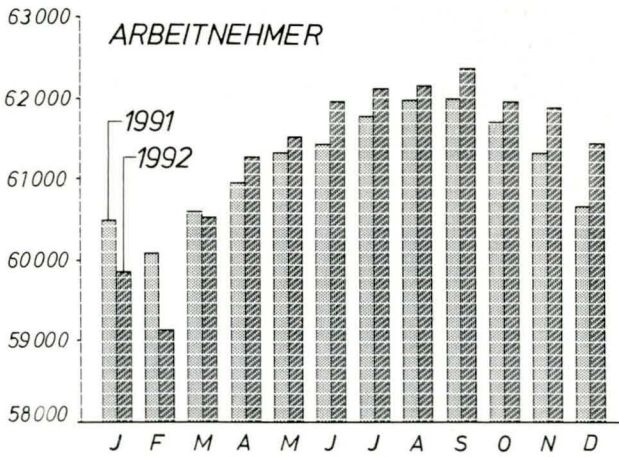
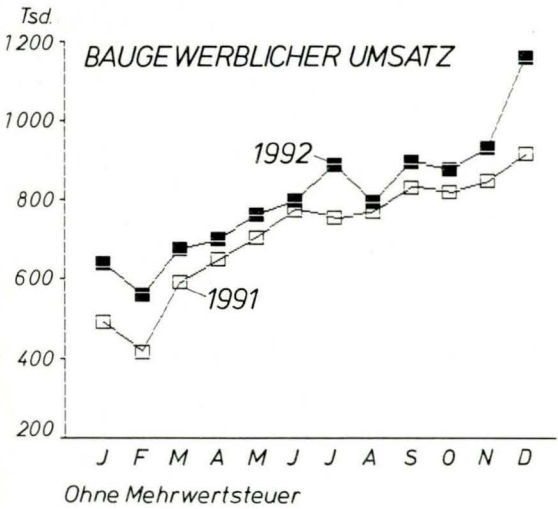
Die geleisteten Arbeitsstunden bleiben etwas hinter den Erwartungen. Zu Beginn des Jahres 1992 konnten noch im Januar (3,9%), Februar (12,2%), März (6,6%)

und April (6,0%) Zuwachs gegenüber 1991 erzielt werden. Mit dem Mai beginnt die Abnahme von rund 3% pro Monat bis zu einem Hoch im September (+2,0%) und Dezember (+8,7%).

Daß dennoch die hohen Beschäftigungszahlen gehalten werden, ist aus einer positiven beschäftigungspolitischen Grundhaltung der Unternehmen auch im Ausbaugewerbe erklärbar.

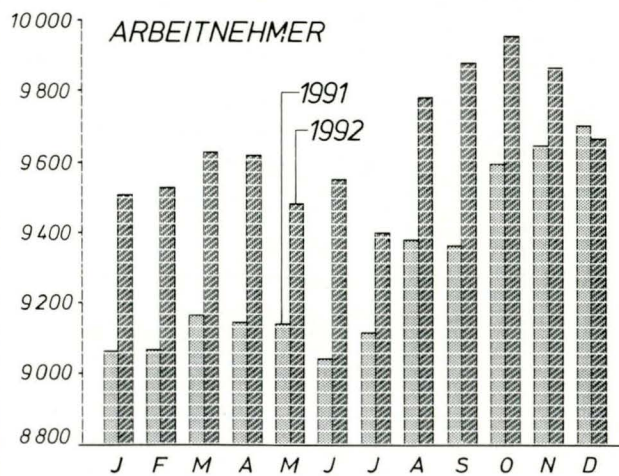
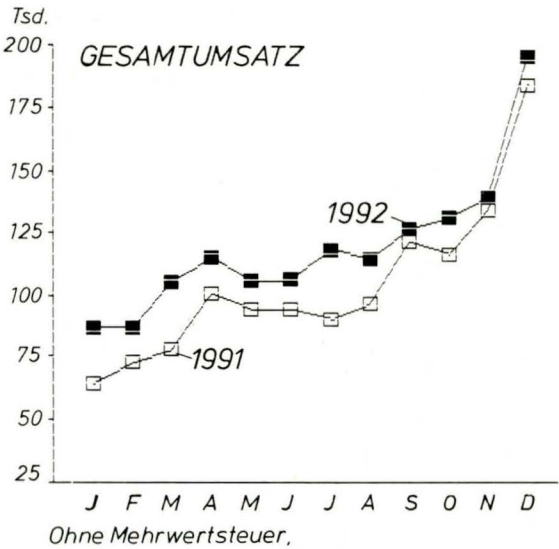
Baugewerbe 1991 und 1992 in Rheinland-Pfalz

Bauhauptgewerbe



Alle Betriebe hochgerechnet

Ausbaugewerbe



Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Die Umsätze des Ausbaugewerbes klettern kräftig mit

Die Spitzenwerte 1992 verzeichnet das Ausbaugewerbe mit 20 und mehr Beschäftigten in den Monaten April (115 Mill. DM) und Juli (118 Mill. DM) sowie September bis Dezember mit durchschnittlich 148 Mill. DM.

Die größte Zunahme gegenüber dem Vorjahr erreichen die Umsätze in den Monaten Januar (+ 23 Mill. DM), März (+ 27 Mill. DM) und Juli (+ 28 Mill. DM). Wie auch im Vorjahr steigt die Kurve der Monatsumsätze 1992 stetig auf höherem Niveau. In allen Monaten wird der Vorjahresumsatz überschritten.

Bedeutende Wirtschaftszweige des Ausbaugewerbes

3 626 Personen waren 1992 bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im Bereich Installation von Heizung, Klima und gesundheitstechnischen Anlagen tätig. Den zweitgrößten Zweig stellt die Elektroinstallation mit 2 522 Personen dar. Maler und Lackierer (1 420) und Klemp-

nerie, Gas-, Wasserinstallation (1 054) folgen. Das Glasergewerbe beschäftigt 220, Estrichlegerei 113, Bautischlerei und sonstige 364, Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei 355 Personen.

Gemessen an den Umsätzen pro Person führt die Estrichlegerei mit 289 000 DM, gefolgt von der Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei (239 000). Der größte Arbeitnehmerzweig, Installation von Heizung, Klima-, gesundheitstechnischen Anlagen, setzt 160 000 DM pro Beschäftigten um, Glasergewerbe 156 000 DM, Bautischlerei, Parkettlegerei und sonstige 146 000 DM.

Die Lohn- und Gehaltssumme pro Beschäftigten liegt in der Fliesen-, Platten- und Mosaiklegerei am höchsten (52 000 DM). Es folgen Estrichlegerei (48 000 DM), Bautischlerei, Parkettlegerei und sonstige sowie Installation von Heizung, Klima und gesundheitstechnischen Anlagen (45 000 DM). Die Elektroinstallation weist 41 000 DM Lohn- und Gehaltssumme pro Beschäftigten aus.

Diplom-Betriebswirt (FH) Frank Schmidt

Handbuch der Finanzstatistik 1992

Das Nachschlagewerk liefert umfangreiche und ins Detail gehende Daten über die Ausgaben und Einnahmen von Land und Kommunen, deren Personal und deren Schulden. Einen breiten Raum nehmen die Regionaltabellen ein. Sie stellen auch Angaben für einzelne Körperschaften bereit, die einen Vergleich mit anderen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen oder entsprechenden Durchschnittswerten gestatten. Dies ermöglicht detaillierte Aussagen und Analysen über die Finanzausstattung der Kommunen, ihren Personaleinsatz, ihre Verschuldung, ihre Steuerkraft und über die Zahlungen, die sie im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs erhalten oder leisten.

Dem Tabellenwerk von über 600 Seiten sind ausführliche methodische Erläuterungen vorangestellt, die vor allem die Begriffsinhalte der tabellarisch nachgewiesenen Angaben genau kennzeichnen und damit den Aussagewert der Ergebnisse eindeutig umschreiben.



Oktav-Format

Preis: DM 45,- zuzüglich Porto

Bestellungen beim

Statistisches Landesamt

Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16

5427 Bad Ems

(ab 1.7.93: 56130 Bad Ems)

Telefon: 026 03 / 7 12 45

Telefax: 026 03 / 7 13 15

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992					1993		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 789	...	3 828	3 833	3 837
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 066	...	799 ^p	1 071 ^p	1 454 ^p	2 062 ^p	760 ^p	945 ^p	1 385 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	...	2,5 ^p	3,5 ^p	4,8 ^p	6,3 ^p	2,3 ^p	3,2 ^p	4,2 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 526	...	3 166 ^p	3 404 ^p	3 727 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,2	...	9,8 ^p	11,2 ^p	12,3 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 630	...	3 681 ^p	3 513 ^p	3 811 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	...	11,3 ^p	11,6 ^p	12,6 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	...	25 ^p	28 ^p	25 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,8	...	7,2 ^p	8,5 ^p	6,8 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 104	...	- 515 ^p	- 109 ^p	- 84 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	...	- 1,6 ^p	- 0,4 ^p	- 0,3 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 775	...	15 200	10 719	11 050
* Fortgezogene	Anzahl	6 862	...	7 846	6 153	6 532
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 913	...	7 354	4 566	4 518
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	11 122	...	13 481	10 543	10 404
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	82 334	88 985	93 052	93 337	86 817	103 943	117 783	119 389	114 036
* Männer	Anzahl	41 970	47 150	50 906	51 737	46 540	57 680	67 274	68 969	64 825
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 231	.	.	.	5 311	5 755	.	.	6 508
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	27 136	.	.	.	29 795	36 685	.	.	41 461
Arbeitslosenquote	%	5,4	5,7	6,0	6,0	5,6	6,7	7,5	7,6	7,2
Offene Stellen	Anzahl	17 425	20 320	16 169	17 742	19 618	14 416	15 476	16 923	18 212
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 187	.	.	.	1 523	1 034	.	.	1 802
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 510	.	.	.	5 535	4 259	.	.	4 611
Kurzarbeiter	Anzahl	6 764	13 123	8 447	8 995	11 413	27 769	38 943	45 077	47 340
Männer	Anzahl	5 086	9 875	6 800	6 821	8 247	21 431	31 114	36 377	38 329
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	15 374	14 269	15 112	13 282	15 015	14 652	13 679	12 498	15 057
* Rinder	t	5 727	4 755	5 392	4 284	5 219 ^r	4 695	4 266	3 839	4 752
* Kälber	t	43	33	26	29	34	53	34	20	31
* Schweine	t	9 464	9 354	9 583	8 865	9 645	9 743	9 287	8 544	10 153
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	66	65	65	62	66	61	63	59	68
* an Molkereien geliefert	%	94,6	95,0	94,8	94,9	93,0	94,4	95,1 ^r	95,2	94,9
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 666	2 678	2 711	2 692	2 684	2 661	2 605	2 613	2 606
* Beschäftigte	1 000	394	385	391	391	389	374	367	365	364
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	268	258	264	263	263	248	244	241	240
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 271	33 985	35 609	35 057	35 742	30 134	30 715	30 045	33 336
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 725	1 785	1 654	1 603	1 653	2 192	1 663	1 570	1 627
* Löhne	Mill. DM	980	997	936	897	926	1 146	916	858	890
* Gehälter	Mill. DM	745	788	718	706	727	1 046	747	712	737
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 110	8 877	8 869	8 867	9 552	8 423	7 395	7 858	9 053
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 052	2 978	3 003	3 125	3 281	2 781	2 477	2 817	3 102
* Exportquote ⁹⁾	%	33,5	33,6	33,9	35,2	34,3	33,0	33,5	35,8	34,3

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992					1993		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102,7	99,7	99,5	99,2	99,7	100,9	99,5	98,6	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,0	126,9	118,1	111,0	123,8	164,3	108,4	106,3	...
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,1	111,3	111,0	111,2	111,5	110,9	109,9	109,8	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	132,0	131,5	121,4	122,5	135,1	129,8	102,7	108,0	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	92,5	93,0	84,4	83,9	88,9	88,6	82,5	83,0	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,8	94,9	85,8	84,2	90,6	92,9	82,7	83,1	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	110,2	115,5	86,9	88,5	102,1	109,1	81,0	82,0	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	116,3	122,4	79,5	83,3	98,3	105,7	76,0	80,1	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	106,1	110,7	91,3	91,5	104,3	111,5	83,7	82,5	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	521	525	280	308	366	306	247	278	...
* Ausländer	1000	120	115	51	65	70	57	50	70	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 866	1 828	1 009	1 004	1 231	1 147	884	956	...
* Ausländer	1000	414	378	162	190	225	199	141	200	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1000 t	1 471	1 428	1 420	1 466	1 528	1 217
* Güterversand	1000 t	889	956	943	958	1 015	1 030
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	17 241	15 852	16 231	15 586	21 136	12 935	12 339	10 941	...
Kraftfahrzeuge	Anzahl	654	803	202	616	1 841	206	257	461	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	15 455	13 963	15 045	13 999	17 941	11 742	11 240	9 758	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	787	760	739	684	910	683	603	519	...
Zugmaschinen	Anzahl	185	159	129	130	226	153	132	72	...
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 233	9 812	8 366	9 154	9 115	10 133	9 205	7 724 ^p	8 742 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 539	1 530	1 115	1 203	1 363	1 353	1 174	1 002 ^p	1 260 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 694	8 282	7 251	7 951	7 752	8 780	8 031	6 722 ^p	7 482 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 086	2 065	1 548	1 621	1 848	1 822	1 627	1 360 ^p	1 701 ^p
* Getötete	Anzahl	39	39	42	29	27	35	44	16 ^p	38 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	21	22	31	20	19	26	27	9 ^p	25 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	1	1	2	2	1	1 ^p	2 ^p
Radfahrer	Anzahl	3	3	2	2	1	2	-	-	3 ^p
Fußgänger	Anzahl	8	4	7	6	5	4	15	5 ^p	7 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	559	541	405	413	495	427	408	313 ^p	432 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	320	315	232	281	314	270	297
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	94	93	20	23	56	38	28
Radfahrer	Anzahl	57	58	28	33	47	33	15
Fußgänger	Anzahl	68	57	53	56	62	66	53
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	59	67	59	71	56	67	74	65	104
Angemeldete Forderungen	1000 DM	38 070	57 183	17 826	38 925	29 258	311 534	45 976	31 122	45 392
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	1	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	347	-	-	-	360	-	-	-	-
* Wechselsumme	1000 DM	4 229	-	-	-	4 642	-	-	-	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992					1993		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 048	104 522	.	.	99 932	104 522	.	.	104 422
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	98 090	102 700	.	.	98 035	102 700	.	.	102 629
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 478	20 181	.	.	20 200	20 181	.	.	20 198
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 357	19 583	.	.	19 697	19 583	.	.	19 612
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 121	598	.	.	503	598	.	.	586
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 344	11 288	.	.	10 409	11 288	.	.	10 702
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	7 615	8 686	.	.	7 699	8 686	.	.	8 513
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 729	2 602	.	.	2 710	2 602	.	.	2 189
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	67 268	71 231	.	.	67 426	71 231	.	.	71 729
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	59 293	63 181	.	.	59 511	63 181	.	.	63 833
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 975	8 050	.	.	7 915	8 050	.	.	7 896
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	96 418	100 201	.	.	94 909	100 201	.	.	99 064
* Sichteinlagen	Mill. DM	15 224	17 005	.	.	13 682	17 005	.	.	14 924
* Termineinlagen	Mill. DM	42 243	43 765	.	.	43 137	43 765	.	.	44 576
* Spareinlagen	Mill. DM	38 951	39 431	.	.	38 089	39 431	.	.	39 564
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	4 216	9 803	.	.	2 979
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 350	6 567	.	.	3 099
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 809	1 970	1 599	2 209	1 983	3 004	3 308	3 255	3 331
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 246	1 357	1 025	1 431	1 471	2 368	1 042	1 287	1 636
* Lohnsteuer	Mill. DM	920	1 024	1 039	1 310	682	1 382	1 120	1 399	702
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	165	181	–	625	–	–	–	669	– 9
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	147	152	– 11	– 21	470	643	– 77	– 53	482
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	98	16	11	15	58	25	16
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	–	–	–	–	–	–	–	15	20
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	138	– 102	126	308	328	– 60	– 100	416
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	21	22	–	95	1	–	–	– 23	3
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563	613	575	777	512	636	2 267	1 968	1 695
* Umsatzsteuer	Mill. DM	386	445	436	596	334	457	519	845	435
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	177	168	139	181	179	178	1 747	1 123	1 260
* Zölle	Mill. DM	13	11	9	17	12	7	94	220	214
* Bundessteuern	Mill. DM	131	150	149	141	219	200	20	599	584
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	2	0	1	1	0	1	0	0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	90	102	78	80	97	205	13	596	581
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	36	44	67	55	118	– 9	3	– 3	1
* Landessteuern	Mill. DM	109	118	127	161	109	94	156	133	114
* Vermögensteuer	Mill. DM	23	24	7	57	5	7	47	53	6
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	50	59	80	59	67	48	69	56	74
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	8	7	6	7	8	1	8

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich der durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992					1993		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	680	689	709	610
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	11	8
* Grundsteuer B	Mill. DM	107	116	112	99
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	499	491	510	432
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	49	58	62	59
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 052	1 149	959	1 268	1 200	1 682	1 885	2 379	2 395
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	543	588	435	619	649	1 032	443	538	732
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	366	398	374	505	332	413	1 428	1 240	1 079
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	905	974	871	1 054	925	1 436	867	1 036	1 033
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	538	582	434	615	639	1 029	434	535	728
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	244	258	310	275	177	270	284	366	191
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 084	1 139	1 147	1 157
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	423	412	428	360
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	480	529	520	618
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	110,7	115,1	113,1	113,8	114,2	116,8	118,1	118,6	119,0
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	110,8	111,7	111,9	112,1	113,4	114,0	114,2
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	124,3	131,3	.	128,5	.	.	.	135,4	...
Löhne und Gehälter										
Arbeiter in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	21,22 ^f	22,43	21,76	.	.	.	23,02	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	22,18 ^f	23,36	22,73	.	.	.	23,97	.	.
* Facharbeiter	DM	23,59 ^f	24,74	24,07	.	.	.	25,37	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	21,38 ^f	22,44	21,83	.	.	.	22,89	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	22,38 ^f	20,06	19,56	.	.	.	20,48	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	15,79 ^f	16,87	16,28	.	.	.	17,32	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	15,43 ^f	16,53	15,98	.	.	.	16,98	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,6 ^f	39,4	39,1	.	.	.	38,2	.	.
* Männliche Arbeiter	Std.	39,9 ^f	39,7	39,3	.	.	.	38,4	.	.
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,2 ^f	37,9	38,0	.	.	.	37,1	.	.
Angestellte in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 195 ^f	5 461	5 322	.	.	.	5 556	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 660 ^f	4 910	4 771	.	.	.	5 017	.	.
* männlich	DM	5 583 ^f	5 860	5 718	.	.	.	5 986	.	.
* weiblich	DM	3 679 ^f	3 905	3 774	.	.	.	3 996	.	.
* Technische Angestellte	DM	5 641 ^f	5 907	5 774	.	.	.	5 990	.	.
* männlich	DM	5 777 ^f	6 045	5 911	.	.	.	6 122	.	.
* weiblich	DM	4 199 ^f	4 429	4 291	.	.	.	4 559	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen										
	DM	3 596 ^f	3 848	3 693	.	.	.	3 906	.	.
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 567 ^f	3 834	3 679	.	.	.	3 892	.	.
* männlich	DM	4 285 ^f	4 591	4 397	.	.	.	4 699	.	.
* weiblich	DM	2 983 ^f	3 198	3 084	.	.	.	3 238	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991		1992				1993	
		Monatsdurchschnitt		Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	63 253	64 074	64 485	64 535	64 569
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	34 504 ^p	37 771 ^{p3)}	37 106 ^{p3)}	14 595 ^{p3)}	19 116 ^{p3)}	24 812 ^{p3)}	37 071 ^{p3)}	13 118 ^{p3)}	...
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	60 303 ^p	69 023 ^{p3)}	63 586 ^{p3)}	67 541 ^{p3)}	64 756 ^{p3)}	61 879 ^{p3)}	64 173 ^{p3)}	63 636 ^{p3)}	...
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 142 ^p	75 067 ^{p3)}	83 202 ^{p3)}	82 053 ^{p3)}	73 564 ^{p3)}	73 284 ^{p3)}	77 093 ^{p3)}	77 103 ^{p3)}	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	1 161 ^p	- 6 045 ^{p3)}	-19 616 ^{p3)}	-14 512 ^{p3)}	-8 806 ^{p3)}	-11 405 ^{p3)}	-12 920 ^{p3)}	-13 467 ^{p3)}	...
Arbeitslose	1 000	1 883	1 689	1 731	1 875	1 863	1 885	2 025	2 257	2 288
Männer	1 000	968	898	944	1 051	1 050	1 019	1 129	1 296	1 326
Arbeitslosenquote	%	7,2	6,3	6,5	6,9	6,8	6,9	7,4	8,1	8,3
Offene Stellen	1 000	314	331	287	312	338	259	237	242	252
Kurzarbeiter	1 000	56	145	173	214	249	478	650	857	1 042
Männer	1 000	45	117	134	170	197	364	513	693	843
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 411	7 515	7 456	7 436	7 422	7 217	7 123	7 020	6 977
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	666	663	582	658	658	631	564	559	568
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	151 940	162 463	161 899	157 038	158 573	163 509	162 692	134 599	141 670
Auslandsumsatz	Mill. DM	44 318	43 557	45 208	41 872	43 116	43 857	42 663	34 290	39 148
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	118	121	112	117	120	119	109	99	104
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	111	112	94	114	115	111	96	102	102
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	126	124	117	125	123	117	94	102
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	118	123	106	123	123	123	107	107	114
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	119	129	117	129	119	135	124	113	114
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 089	32 913	36 546	38 759	36 228	35 222
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 730	2 814	3 106	3 205	3 083	2 769
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 034	1 061	1 067	1 033	1 020	1 088	1 076	1 039	1 023
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	112	111	81	84	90	118	95	77	80
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	11 639	12 911	16 724	9 299	9 543	16 967	21 143	9 590	8 640
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	12 747	11 855	10 287	10 622	9 893	11 931	11 488	10 013	11 021
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 912	9 875	8 169	8 713	8 196	9 395	8 890	8 034	9 050
Wohnfläche	1 000 m ²	2 575	2 553	2 398	2 353	2 171	2 842	2 834	2 290	2 432
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 904	2 926	2 517	2 436	2 191	2 845	2 485	2 133	2 094
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	32 612	33 385	33 058	31 125	28 187	38 919	40 135	31 859	31 844
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,5	136,4	161,8	128,1	123,8	144,1	177,0	118,0	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	116,7	120,8	119,3	101,9	106,3	115,0	122,6

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1990	1991		1992				1993	
		Monatsdurchschnitt	Dezember		Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 554	54 017	55 591	54 375	54 961	53 627	55 174
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	29 188	29 998	29 045	30 596	30 578	28 788	27 392
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 980	4 052	3 818	4 404	4 280	3 945	3 762
Frankreich	Mill. DM	6 981	7 292	7 475	7 339	6 822	6 983	6 621
Großbritannien	Mill. DM	4 559	4 231	3 890	4 124	4 321	3 896	3 929
Italien	Mill. DM	4 998	5 107	4 911	5 339	5 324	4 863	4 356
Niederlande	Mill. DM	4 523	4 672	4 228	4 602	4 719	4 513	4 340
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	45 881	53 784	50 475	54 330	52 745	51 925	54 749
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	23 882	27 933	26 979	27 675	27 501	27 383	28 583
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 313	3 824	3 393	3 716	3 767	3 725	3 501
Frankreich	Mill. DM	5 425	6 572	6 030	7 201	6 513	6 185	6 446
Großbritannien	Mill. DM	3 087	3 559	3 448	3 487	3 511	3 591	3 761
Italien	Mill. DM	4 319	4 997	4 746	4 466	4 894	4 710	4 977
Niederlande	Mill. DM	4 662	5 222	5 351	5 116	5 007	5 035	5 294
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 815	3 086	3 086	3 104	3 119	3 389	3 418	3 424	3 440 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 210	2 456	2 456	2 465	2 482	2 670	2 674	2 675	2 688 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	604	629	629	639	637	719	744	749	752 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 641	2 176	2 176	2 144	2 150	2 254	2 261	2 240	2 254 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	756	754	754	748	748	739	771	771	776 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	34 127	40 372	71 745	41 291	35 809	37 226	77 083	43 561	37 853
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	21 253	24 900	53 626	23 592	16 920	18 647	57 903	24 451	18 088
Lohnsteuer	Mill. DM	14 799	17 848	31 903	20 795	16 558	19 102	36 162	22 429	18 297
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 043	3 461	12 496	671	14	- 756	13 558	- 163	- 998
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	12 410	14 973	16 565	17 650	18 843	18 197	17 445	19 204	19 723
Umsatzsteuer	Mill. DM	6 612	8 233	8 491	11 219	12 251	11 395	10 570	13 449	16 597
Zölle	Mill. DM	597	692	800	482	721	636	745	393	535
Bundessteuern	Mill. DM	5 490	7 802	18 803	2 842	9 880	7 558	14 290	971	9 022
Versicherungssteuer	Mill. DM	369	488	375	434	2 303	535	413	477	2 401
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 964	6 352	14 538	891	6 168	7 092	13 935	611	6 713
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	95,7	98,3	99,6	100,1	101,4	99,5	98,9	99,7	100,5
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	94,7	94,1	97,9	98,0	98,1	89,0	87,0	86,8 ^p	87,0 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	101,0	103,4	104,1	104,0	104,3	104,8	104,6	104,8	104,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	115,9	124,6	.	.	128,7	133,2	.	.	135,4
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	116,4	124,3	.	.	128,5	133,1	.	.	135,4
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	113,2	121,0	.	.	125,3	128,9	.	.	130,5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	107,0	110,7	112,6	113,1	113,8	116,7	116,8	118,1	118,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	105,6	108,6	110,0	110,8	111,7	111,9	112,1	113,4	114,0
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	107,5	110,1	111,6	111,8	112,2	114,5	114,6	115,1	115,4
Wohnungsmieten	1985 = 100	112,5	117,3	119,8	120,4	121,1	126,7	127,2	128,1	128,7
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	85,5	89,4	90,0	89,3	90,0	90,2	89,8	91,0	90,9
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	107,3	110,5	112,4	112,6	113,1	115,7	115,8	116,3	116,9
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	110,3	113,8	115,8	116,2	116,8	119,0	119,1	119,6	121,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	106,1	112,1	115,1	114,7	115,3	118,0	118,1	120,1	120,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	106,1	108,1	109,3	112,0	112,3	114,0	114,1	114,8	115,1
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	115,3	118,0	120,0	120,5	122,0	129,2	129,7	131,8	132,7

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991: Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Der Wohnungsbau ist wichtigster Zweig des Bauhauptgewerbes

Die meisten Arbeitsstunden des Bauhauptgewerbes werden in Rheinland-Pfalz wie im früheren Bundesgebiet im Wohnungsbau geleistet. 1992 waren es in Rheinland-Pfalz 32 Mill. Stunden.

Im gewerblichen und industriellen Bau wurden seit 1990 rund 1 Mill. Arbeitsstunden weniger eingesetzt (1992 : 22 Mill. Std.).

Der landwirtschaftliche Bau ist mit 204 000 Arbeitsstunden im Jahr 1992 fast bedeutungslos geworden.

Im Wohnungsbau des Bundesgebietes wurden 1992 gegenüber 1990 rund 20 Mill. Stunden mehr geleistet. Auf den landwirtschaftlichen Bau entfallen 9 Mill. Stunden. Mit 418 Mill. Stunden im gewerblichen und industriellen Bau erreicht die Arbeitszeit fast die des Wohnungsbaues mit 522 Mill. Stunden. sd

Mehr über dieses Thema auf Seite 117.

Mehr Lehrernachwuchs

An den Studienseminaren in Rheinland-Pfalz bereiteten sich im März 1993 insgesamt 969 Referendare und Anwärter auf das zweite Staatsexamen vor. Das sind 76 Seminarteilnehmer oder 8,5 % mehr als vor Jahresfrist und 88 % mehr gegenüber dem tiefsten Stand im Jahre 1990.

Jeweils ein Drittel der Anwärter befand sich im Vorbereitungsdienst für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bzw. für das Lehramt an Gymnasien. Gut ein Fünftel strebten das Lehramt für berufsbildende Schulen, ein Neuntel das Lehramt für Realschulen und 3 % das Lehramt für Sonderschulen an.

Zwei Drittel der Seminarteilnehmer waren Frauen. Ihr Anteil war mit knapp 90 % bei den Anwärtern für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen am größten und mit 30 % für das Lehramt an berufsbildenden Schulen am niedrigsten. Für das Lehramt an Sonderschulen lag der Frauenanteil bei 82 %, für das Lehramt an Realschulen betrug er 65 % und für das Lehramt an Gymnasien 61 %. we

Rechtskräftige Aburteilungen 1991

Die Strafverfolgungsstatistik ist eine koordinierte Länderstatistik mit einem bundeseinheitlichen Erhebungsmodus. Sie zählt zu den ältesten Rechtspflegestatistiken und wurde als Reichsstatistik bereits 1882 eingeführt. Ergebnisse für Rheinland-Pfalz liegen seit 1947 vor. Im Jahre 1991 wurden von den rheinland-pfälzischen

kurz + aktuell

Gerichten 47 050 Personen abgeurteilt; das sind 1 % weniger als im Vorjahr (47 518). Zehn Jahre zuvor waren es noch knapp 55 000 Aburteilungen. Seit 1984 ist ein rückläufiger Trend zu beobachten, wobei im Berichtsjahr der bisher niedrigste Stand seit 1976 verzeichnet wurde.

1991 wurden 39 614 Personen verurteilt. 86 % der Verfahren richteten sich gegen Erwachsene und 4 % gegen Jugendliche. Jeder zehnte Straftäter zählte zu den Heranwachsenden. Die kriminellen Aktivitäten sind bei den Männern deutlich stärker ausgeprägt als bei den Frauen. Im Berichtsjahr waren 83 % der Verurteilten männlichen Geschlechts, während die Frauen einen Anteil von gut 17 % aufwiesen. Allerdings zeigt die Frauenkriminalität eine steigende Tendenz. 1982 lag ihr Anteil noch bei knapp 15 %. In den nachfolgenden Jahren stieg dieser mit wenigen Ausnahmen an und erreichte 1990 sogar fast 18 %. sch

Mehr über dieses Thema auf Seite 113.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung ¹⁾

Steuerart	Januar - April		Ver- ände- rung
	1992	1993	
	Mill. DM		%
Landessteuern	504,4	515,5	2,2
Vermögensteuer	73,7	111,7	51,5
Erbschaftsteuer	55,8	40,7	- 27,1
Kraftfahrzeugsteuer	274,3	271,0	- 1,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	64,9	59,9	- 7,8
Feuerschutzsteuer	9,3	8,0	- 13,7
Biersteuer	26,4	24,2	- 8,1
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 978,7	2 015,7	1,9
Lohnsteuer	1 595,7	1 707,9	7,0
Veranlagte Einkommensteuer	146,4	102,9	- 29,7
Kapitalertragsteuer	46,3	45,3	- 2,3
Zinsabschlagsteuer	-	24,3	.
Körperschaftsteuer	190,3	135,2	- 28,9
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 000,9	1 095,8	9,5
Umsatzsteuer	523,2	870,3	66,3
Einfuhrumsatzsteuer	477,7	225,5	- 52,8
Landesanteil an der Gewerbe- steuerumlage	40,2	15,4	- 61,6
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	7,3	9,4	27,9
I n s g e s a m t	3 531,6	3 651,7	3,4

1) Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.